





# Verfassungsschutzbericht 2010

## Linksextremismus

# **Verfassungsschutzbericht 2010**

Im Text finden Sie vielfach die Symbole  und 

Das Sinnbild „Buch“ verweist auf eine Fundstelle in diesem Verfassungsschutzbericht.

Das Symbol „Weltkugel“ bedeutet, dass es zu dem Thema weitere Informationen auf unseren Internetseiten gibt.

Unter **<http://www.hamburg.de/verfassungsschutz>** finden Sie regelmäßig aktuelle Informationen über alle Arbeitsfelder des Hamburger Verfassungsschutzes.

## Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg  
Behörde für Inneres und Sport  
Landesamt für Verfassungsschutz (LfV)  
Johanniswall 4, 20095 Hamburg

Telefon: 040 / 24 44 43

Telefax: 040 / 33 83 60

Internet: <http://www.hamburg.de/verfassungsschutz>

E-Mail des LfV:

[poststelle@verfassungsschutz.hamburg.de](mailto:poststelle@verfassungsschutz.hamburg.de)

E-Mail Öffentlichkeitsarbeit:

[info@verfassungsschutz.hamburg.de](mailto:info@verfassungsschutz.hamburg.de)

Auflage: 1.000

Juni 2011

Redaktionsschluss: April 2011

Satz/Layout, Grafik: Landesamt für Verfassungsschutz

Druck: Siepmann GmbH, Ruhrstr. 126, 22761 Hamburg

Verfassungsschutz in Hamburg

---

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Islamisten

---

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern ohne Islamisten

---

Linksextremismus

---

Rechtsextremismus

---

Scientology-Organisation

---

Spionageabwehr

---

Wirtschaftsschutz;  
Geheim- und Sabotageschutz

---

Anhang

---

- Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz
- Abkürzungsverzeichnis
- Stichwortverzeichnis

## IV. Linksextremismus

### 1. Entwicklungen und Schwerpunkte im Überblick

Die Entwicklung des linksextremistischen Spektrums in Hamburg verläuft seit mehreren Jahren zweigeteilt: **Orthodoxe Kommunisten** (📖 7) und **revolutionäre Marxisten** (📖 6., 8. und 9.) verzeichnen, wenn überhaupt, nur geringen Zulauf und entfalten kaum wahrnehmbare Aktivitäten. **Undogmatische Linksextremisten (Autonome, Antiimperialisten und Anarchisten** 📖 5.2) sind zu unterschiedlichen Anlässen auch über Hamburg hinaus sehr mobilisierungsfähig und verknüpfen politische Kampagnen mit gezielten Sachbeschädigungen bzw. Brandlegungen. Bei ihren Taten nehmen sie ein negatives Medienecho in Kauf.



Das seit Jahren für die Diskussionen und Aktivitäten der undogmatischen – insbesondere der autonomen – Szene prägende Thema ist „**Antirepression**“. Die entsprechende Kampagne wendet sich gegen Maßnahmen des Staates zur Strafverfolgung und Prävention. Die Frühjahrs- und Herbsttagungen der **Innenministerkonferenz (IMK) in Hamburg** im Mai und im November 2010 waren Ziel vielfältiger, auch gewalttätiger Proteste.

Militante Linksextremisten bekannten sich zu mehreren Sachbeschädigungen bzw. Brandanschlägen. Mit ihren Bekennungen wollen sie an aktuelle Diskussionen oder Aktivitäten der Szene anknüpfen, öffentliche Aufmerksamkeit erreichen. Gleichzeitig wollen sie sich von dem Anschlagverhalten sogenannter Trittbrettfahrer absetzen. Schwerpunkte waren die Themen „Antirepression“ und „Antimilitarismus“ (📖 4 und 5.3.1).

Ein weiteres, den Autonomen wichtiges Thema ist der **Widerstand gegen die Stadterneuerung**, der von der autonomen Szene besonders unter dem Aspekt des „Erhalts erkämpfter Freiräume“ vorangetrieben wird und sich vornehmlich auf das **Schanzen- und Karolinentviertel** erstreckt. 2010 wurden in diesem Zusammenhang leer stehende Häuser vorübergehend „besetzt“ (📖 5.3.4).



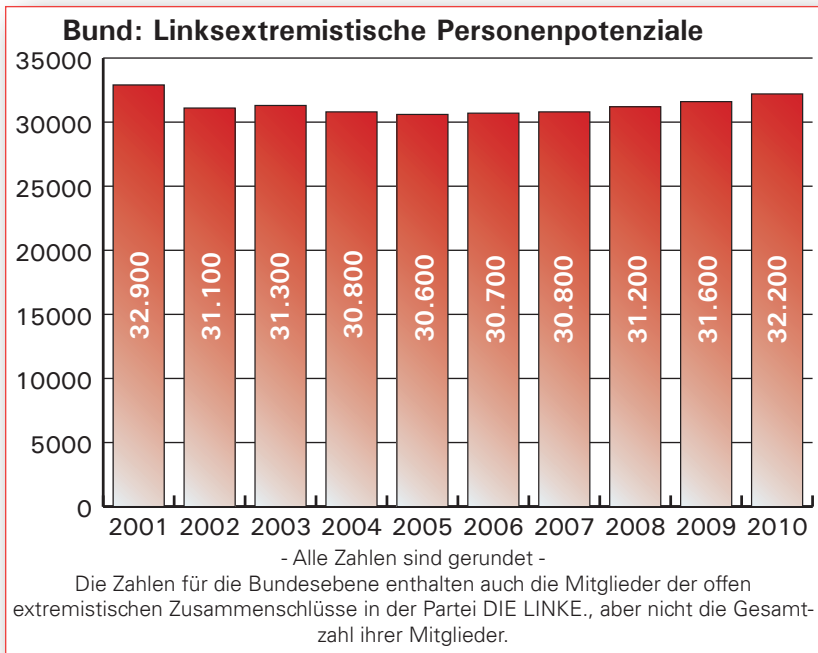
Linksextremistische „Antifaschisten“ erreichten nicht das Aktionsniveau der Vorjahre. Maßgeblich hierfür waren vor allem nachlassende öffentliche Aktivitäten der Hamburger Rechtsextremisten (📖 5.3.2 und V).

**Antiimperialistische Gruppen** (📖 5.2.3) verzeichneten erstmals seit mehr als zehn Jahren wieder personelle Zuwächse und gestiegenes Interesse an den von ihnen aufgegriffenen Themenfeldern „Militarisierung der Gesellschaft“ und Bildungspolitik. Sie versuchten, insbesondere junge Menschen an sich zu binden.

**Orthodoxe Kommunisten und revolutionäre Marxisten** (📖 6 bis 9) bemühten sich zumeist erfolglos, ihre linksextremistische Agitation insbesondere im Bereich der Sozial- und Bildungspolitik vor Ort zu verankern. Begrenzten Zuspruch fanden lediglich die insbesondere von [solid]“ (parteinaher Jugendorganisation der Linken, 📖 6.) veröffentlichte Kritik und Protestaktionen **gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr**.

## 2. Potenziale

Bundesweit gehörten 2010 der linksextremistischen Szene 32.200 Personen an (2009: 31.600). Davon sind 6.800 Personen als „**Gewaltorientierte Linksextremisten**“ einzustufen (Autonome, Anarchisten und „Antimperialistischer Widerstand“, 5.).



In **Hamburg** wurden im Jahr 2010 **1.150 Personen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet**. Die Differenz zur Vorjahreszahl (1.200) resultiert insbesondere aus Veränderungen bei den gewaltorientierten Linksextremisten und Rückgängen im Bereich der orthodoxen Kommunisten.

Die Zahl der Angehörigen des **autonomen Lagers** (5.) ging auf 440 gegenüber 2009 (480) **zurück**, während die der anarchistischen Szene mit 40 annähernd konstant blieb. Das **Potenzial des Antimperialistischen Widerstandes (AIW) wuchs** dagegen auf 90 Personen (2009: 60).

Linksextremistisches Personenpotenzial auf Bundesebene	2009	2010
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten (Angehörige von Kern- und Nebenorganisationen) <sup>1</sup>	25.300	25.800
Gewaltorientierte Linksextremisten <sup>2</sup>	6.600 <sup>3</sup>	6.800 <sup>3</sup>
Gesamtpotenzial (abzüglich Mehrfachmitgliedschaften) <sup>4</sup>	31.600	32.200

- Alle Zahlen sind gerundet -

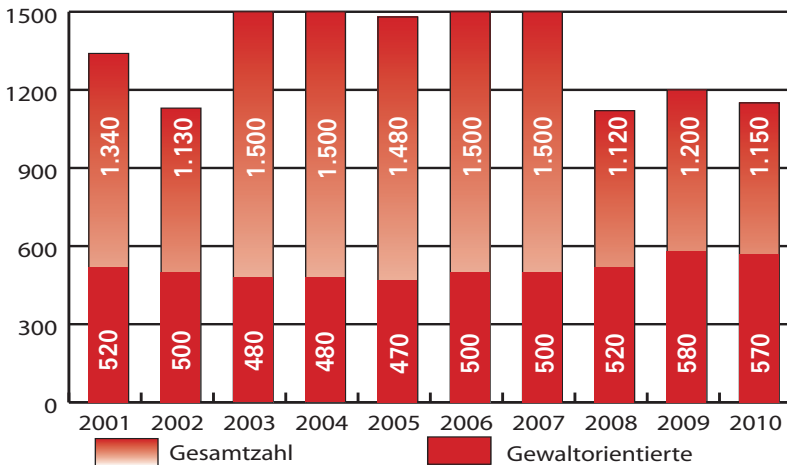
<sup>1</sup> Einschließlich der offenen extremistischen Zusammenschlüsse innerhalb der Partei „DIE LINKE.“

<sup>2</sup> Enthält nicht nur tatsächlich als Täter / Tatverdächtige festgestellte Personen, sondern auch solche Linksextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltorientierung gegeben sind. Erfasst sind nur Personenzusammenschlüsse, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren.

<sup>3</sup> Das Mobilisierungspotenzial der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere Tausend Personen.

<sup>4</sup> In den Zahlen nicht enthalten sind Mitglieder linksextremistisch beeinflusster Organisationen.

### Hamburg: Linksextremistische Personenpotenziale



- Alle Zahlen sind gerundet -

Die Angaben für die Jahre 2003 bis 2007 enthalten die Gesamtzahl der Mitglieder der „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) bzw. der „Linkspartei.PDS“ bzw. die der Partei „DIE LINKE.“, ab 2008 nur noch deren extremistische Teilstrukturen.

Linksextremistisches Personenpotenzial in Hamburg	2009	2010
Angehörige marxistisch-leninistischer Kern- u. Nebenorganisationen sowie andere revolutionäre Marxisten und Trotzlisten	620 <sup>1</sup>	580 <sup>1</sup>
Gewaltorientierte (Autonome, Anarchisten u. Antiimperialistischer Widerstand)	580 <sup>2</sup>	570 <sup>2</sup>
Gesamtpotenzial	1.200	1.150
-Alle Zahlen sind gerundet-		
<sup>1</sup> Die Zahl enthält die Mitglieder der revolutionär-marxistischen Organisationsteile der Partei „DIE LINKE.“ <sup>2</sup> Das Mobilisierungspotenzial der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere Hundert Personen.		

Insgesamt werden **570** der beim LfV Hamburg erfassten Linksextremisten als **gewaltorientiert** eingestuft (2009: 580).

Die **Mitgliederzahl marxistisch-leninistischer Kern- und Nebenorganisationen sowie revolutionär-marxistischer Gruppen** reduzierte sich von 620 im Jahr 2009 auf **580**.

### 3. Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Die Zahl der im Rahmen der PMK Links insgesamt erfassten **Straftaten in Hamburg sank im Jahr 2010** gegenüber 2009 von 757 **auf 470**. Die darin enthaltenen **linksextremistischen Straftaten stiegen** allerdings von 41 im Jahr 2009 **auf 70**. Dieser Anstieg beruht wesentlich auf den von Linksextremisten, insbesondere Autonomen im Zusammenhang mit der Herbsttagung der Innenministerkonferenz verübten Straftaten. Die Zahl der **linksextremistischen Gewaltdelikte ging von 37 auf 27 zurück**. Die Entwicklung der PMK Links hing auch im Jahr 2010 insbesondere von szenerelevanten Großereignissen ab.


Schwerpunkte waren **Brandanschläge und Sachbeschädigungen** aus verschiedenen Anlässen, außerdem **Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten** und **tätliche Angriffe auf Polizeibeamte** sowie weitere Straftaten und Auflagenverstöße u.a. im Zusammenhang mit Demonstrationen. Insgesamt wurden im Jahr 2010 18 Sachbeschädigungen, darunter zwei Brandanschläge, verübt, zu denen sich Linksextremisten bekannten.

PMK-Links	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>PMK-Links insgesamt</b>	221	308	254	289	255	453	535	757	<b>470</b>
davon linksextrem. Straftaten	16	16	23	32	18	98	92	41	<b>70</b>
hiervon extrem. Gewaltdelikte	4	11	16	19	9	49	51	37	<b>27</b>

Quelle: Polizei Hamburg - Stand: Februar 2011 -

Exemplarisch werden hier folgende Straftaten genannt:

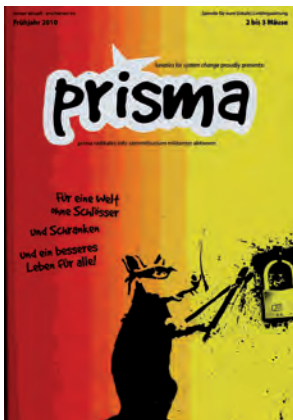
- Am 17.07.10 **attackierten** insgesamt ca. **50 Vermummte mehrere Rechtsextremisten**, die in Hamburg-Farmsen und -Berne abgestellte Fahrzeuge von Teilnehmern eines Aufzuges der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD, [5.3.2](#) und [7.1](#)) in Wandsbek bewachten, und **verletzten einige** von ihnen.
- In der Nacht zum 06.09.10 setzten linksextremistische Gewalttäter **vier Fahrzeuge**, darunter eines der Bundeswehr, vor dem ehemaligen Hamburger Kreiswehersatzamt in Hamburg-Rotherbaum **in Brand**. In der Tatbekennung einer **Gruppe „Rebels of Engagement“** wurde kritisiert, dass die als „**Massaker in Kundus**“ bezeichnete Bombardierung eines Tanklastzuges im September 2009 auf Einsatzregeln der Bundeswehr zurückzuführen sei. Zudem trage die IMK in Hamburg ([5.3.1](#), [5.3.3](#)) maßgeblich zu einer Aufrüstung im Bereich der inneren Sicherheit bei.
- Im Oktober 2010 wurden ein **Farbanschlag auf das Wohnhaus des Hamburger Innensenators** verübt, das **Fahrzeug des Bundesvorsit-**

zenden der Gewerkschaft der Polizei zerstört und zwei Feuerwerkskörper auf das Grundstück der Generalbundesanwältin geworfen (Weitere militante Aktionen im Zusammenhang mit den Protesten gegen die IMK  5.3.1).

#### 4. Linksextremistischer Terrorismus und autonome Gewalt

Seit der Auflösung der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) im Jahre 1998 **gibt es in Deutschland keine terroristischen Strukturen mehr, die zielgerichtete Anschläge auf Personen bis hin zum Mord begehen**. 33 Jahre nach dem Mord an Generalbundesanwalt (GBA) Siegfried BUBACK begann vor dem OLG in Stuttgart-Stammheim die Hauptverhandlung gegen die am 30.11.89 begnadigte Ex-Terroristin Verena BECKER, um den Verdacht ihrer Tatbeteiligung zu prüfen.

**Autonome Gewalt richtet sich insbesondere gegen das staatliche Gewaltmonopol.** Autonome lehnen Hierarchien und Regeln ab, selbstbestimmte Ordnung ohne Herrschaft ist das Ziel ihres Politikverständnisses. Es besteht eine grundsätzliche Gegnerschaft zum Staat. Seine Ermittlungsbehörden (Polizei, Justiz) und seine Nachrichtendienste werden als **„Repressionsapparat“** denunziert. Autonome halten die Anwendung von Gewalt zur Durchführung ihrer politischen Ziele für legitim und rechtfertigen sie als angeblich unverzichtbares Mittel gegen die **„strukturelle Gewalt“** eines Systems von **„Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“**.



Form und Ausmaß autonomer Gewalt werden in der linksextremistischen Szene unter vielen Aspekten diskutiert. Dabei geht es um Fragen zur Rechtfertigung und Ausübung von Gewalt bis zu Aufforderungen und Anleitungen, militante Aktionen zu begehen. Militanz um ihrer selbst willen und zielgerichtete Gewalt gegen Menschen werden überwiegend als nicht vermittelbar abgelehnt. **Bei Konfrontationen mit Rechtsextremisten und auch mit Polizisten bei Demonstrationen werden allerdings auch Verletzte zumindest in Kauf genommen.**

Das Interesse an Publikationen zur **„Militanzdebatte“** – insbesondere an Bauanleitungen für

Anschlagsmittel – ist gestiegen. So erschien im Frühjahr 2010 die **Broschüre „prisma“**, in der einige ältere Beiträge aus Szene-Zeitschriften wie dem Berliner **Untergrundheft „radikal“** und der **„INTERIM“** abgedruckt waren. Sie beschrieben militante Aktionsformen, Sabotage an Bahnstrecken und die Herstellung von Brandsätzen. Sinn der Schrift ist die **Befürwortung militanter Aktionen**, die jedoch keine Menschenleben gefährden und das Eigentum Unbeteiligter schonen sollte. Die Broschüre wurde wegen des **Aufrufs zur Begehung von Straftaten** am 28.04.10 vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten verboten. Die in ihr beschriebenen Tatmittel waren allerdings nicht neu.

**Überwiegend plädieren Autonome für** ein „verantwortungsvolles“ Vorgehen bei gewalttätigen Aktionen und kritisieren die sogenannte **„Hassbrennerei“**. Bei herausragenden Einzelfällen wie dem Überfall auf das Hamburger Polizeikommissariat 16 im Dezember 2009 (📅 VSB 2009) hatten autonome Gewalttäter die selbst gesetzte Schwelle jedoch deutlich überschritten, Passanten gefährdet und ungeschützte Polizisten angegriffen.

Im Zusammenhang mit Großereignissen wurde neben militanten Aktionen von Linksextremisten eine zunehmende Beteiligung junger, nicht primär politisch motivierter Straftäter festgestellt. Für diese Randalierer, die von Linksextremisten organisierte Anlässe als Ausgangspunkt nutzen, ist Gewalt lediglich Selbstzweck – so z.B. nach Beendigung der **„revolutionären 1.Mai-Demonstration“** und nach dem Schanzenviertelfest am 04.09.10.

**Auch 2010 wurden** zahlreiche Fahrzeuge ohne erkennbare politische Motivation in Brand gesetzt. Diese Entwicklung zu ungezieltem Vandalismus missfällt Teilen der autonomen Szene in Hamburg. Sie befürchten, dass sie für die „Hassbrennerei“ verantwortlich gemacht werden und sich die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen Aktionen der linksautonomen Szene verstärkt. **Siehe „Schlagzeilen aus dem politischen Extremismus“**, **„Autonome erteilen ‚Hassbrennern‘ eine Absage“**, Beitrag v. 18.05.10.



Polizei Hamburg



In Hamburg verübten autonome Gruppen eine Reihe von Anschlägen zu den Themen **„Antirepression“**, **„Antirassismus“** und **„Antimilitarismus“**.

Bekennungen, die der Presse zugingen, sollten für öffentliche Aufmerksamkeit sorgen und die Aktionen in der „Szene“ vermitteln.

Am 24.05.10 wurde der Pavillon der **Polizeiaußenstelle Hamburg-Rissen mit Steinwürfen beschädigt** und das **Fahrzeug einer Catering-Firma in Brand gesetzt**. In einer Tatbekennung nannten die Täter, welche sich als **„Autonome Gruppe zur Erinnerung an die Toten in Hamburger Abschiebehäft“** bezeichneten, eine Vielzahl von Themen als Motiv ihrer Aktion: IMK-Tagung in Hamburg, Asylpolitik, Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, zunehmende **„Militarisierung der Gesellschaft“**.

Am 05.08.10 warfen unbekannte Täter mit roter Farbe gefüllte **Glasflaschen an das Wohnhaus des Eimsbütteler Bezirksamtsleiters**. In einem Selbstbeichtigungsschreiben ohne Gruppenbezeichnung begründeten sie die Tat mit seiner Funktion als Reserveoffizier im Stab der 1. Panzerdivision in Hannover.

## 5. Undogmatische Linksextremisten

---

Zu den **570 undogmatischen Linksextremisten** in Hamburg zählen Autonome, Anarchisten und Antiimperialisten. Autonome sind **gewaltorientiert und organisationskritisch**; sie lehnen formelle Hierarchien und Organisationsstrukturen ab. 2010 wurde allerdings in mehreren Bundesländern, u.a. in **Hamburg** und Berlin, mit der Einführung regelmäßiger „Autonomer Vollversammlungen“ (AVV) eine Tendenz zur überregionalen Vernetzung erkennbar.

Während Autonome und Anarchisten einander ideologisch nahestehen und gemeinsame Aktivitäten durchführen, **gibt es zu den Antiimperialisten deutliche politische Diskrepanzen**. Der internationalistisch geprägte Marxismus-Leninismus und die Orientierung an „Befreiungsbewegungen“ der Antiimperialisten stoßen bei Autonomen und Anarchisten auf Ablehnung, weil diese Bewegungen zumeist mit Personenkult einhergehen.

### 5.1 Trefforte und Kommunikationszentren in Hamburg

---

Trefforte und Kommunikationszentren erfüllen eine wichtige Funktion für das innere soziale Gefüge und die Mobilisierungsfähigkeit der autonomen

Szene. Sie bieten Raum für Treffen, gruppenübergreifende Diskussionen und weitere Veranstaltungen und wirken identitätsstiftend.

## Rote Flora

Das alternative Stadtteilzentrum Rote Flora ist seit 1989 der bedeutendste **politische Treff- und Veranstaltungsort der autonomen Szene Hamburgs**. Nach Darstellung des „Autonomenplenums“ wird das Gebäude „selbstverwaltet“; tatsächlich jedoch **werden die derzeitigen Nutzer** aufgrund vertraglicher Regelungen des Privateigentümers mit dem Hamburger Senat **lediglich geduldet**.



2010 fanden in der Roten Flora zahlreiche Solidaritäts-, Informations- und Mobilisierungsveranstaltungen zu autonomen Themen wie „Antirepression“ oder der „Erhalt erkämpfter Freiräume“ statt. Darunter waren auch mehrere Veranstaltungen im Rahmen der Proteste gegen die IMK in Hamburg (📖 5.3.1), z.B. zu „Polizeigewalt“ oder „Widerstand“. Szeneangehörige lehnen eine kommerzielle Nutzung der Roten Flora für subkulturelle Musikveranstaltungen ab, die vorwiegend von jungen, nichtextremistischen Partygängern besucht werden.

Autonome aus dem Umfeld der Roten Flora geben nach wie vor die zweimonatlich erscheinende **Publikation „Zeck“** heraus. Hierin diskutiert die autonome Szene aktuelle Themen und veröffentlicht Termine, Demonstrationaufrufe sowie Selbstbeziehungsschreiben zu Brandanschlägen und sonstigen Sachbeschädigungen mit linksextremistischem Hintergrund.

Mit Plakatwänden an der Außenfassade des autonomen Stadtteilzentrums machen Autonome anlassbezogen auf ihre aktuellen Themenschwerpunkte sowie auf Termine aufmerksam.

Ein Resultat des „**Autonom-Kongresses**“ vom Oktober 2009 (📖 VSB 2009) sind die seit Februar 2010 regelmäßig stattfindenden monatlichen „**Autonomen Vollversammlungen**“ (AVV) in der Roten Flora. In diesem Rahmen befassen sich bis zu 100 Hamburger Autonome mit Themen und Aktivitäten, die für sie von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die monatlichen Vollversammlungen sind der Versuch, „**Gruppen und Einzelpersonen**“

aus dem ganzen Spektrum der linksradikalen, undogmatischen Szene zusammenzubringen.“

Im Rahmen der AVV im August und September 2010 wurde die sceneintern so genannte „**Militanzdebatte**“ – eine seit Jahren geführte Diskussion um Formen, Ziele und Grenzen politisch motivierter Gewaltanwendung – aufgegriffen. In dem Papier „**Widerstand und Militanz**“, das zur Vorbereitung der AVV im Internet veröffentlicht wurde, hieß es: „**Wir wollen mehr Steine und Farbeier. Wir wollen mehr kollektive und individuelle Aneignung. Wir wollen feurige Aktionen in den Straßen.**“


Im Internet veröffentlichten AVV-Protokollen war zu entnehmen, dass weiterhin der Konsens vorherrscht, bei gewalttätigen Aktionen keine Menschenleben zu gefährden. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass der „**Krawalltourismus**“ – u.a. anlässlich des Schanzfestes – kein

Bestandteil „**militanter Politik/Aktionen**“ sei. Dies ändere jedoch nichts daran, dass jeder „**mit welchen Mitteln auch immer ihren/seinen Unmut äußern dürfen**“ müsse.



Auch 2010 war das räumliche Umfeld der Roten Flora wieder Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen:

- Am 03.04.10 beteiligten sich bis zu 170 Personen an einem **alternativen Osterfeuer im Florapark**. Es wurden Flaschen auf Polizeibeamte geworfen und ein Müllcontainer in Brand gesetzt. Insgesamt gab es vier Festnahmen.
- An **Ausschreitungen im Schanzenviertel** am 30.04. und 01.05.10 ( ▶ Foto) beteiligten sich bis zu 200 Personen. Sie entzündeten Gegenstände auf der Fahrbahn und bewarfen Polizeibeamte mit Steinen und Flaschen. Neun Personen wurden festgenommen.

Die Gruppe „Sozialistische Linke“ (SoL,  5.2.3) gehörte zu den Mitorganisatoren der Demonstration am 01.05.10 unter dem Tenor: „**Revolutionäre 1. Mai Demonstration: Kapitalismus zerschlagen!**“, in deren Anschluss es zu **gewalttätigen Ausschreitungen im Schanzenviertel** kam. Das „**Plenum der Roten Flora**“ hatte im April 2010 zur „**Nichtteilnahme an der Ham-**

burger revolutionären 1. Mai Demo 2010“ aufgerufen, was die Autonomen weitgehend befolgten. Anlass hierfür war eine „antisemitische Aktion.“ Gemeint war die Verhinderung der Filmvorführung „Warum Israel“ im Oktober 2009 (📖 VSB 2009), an der die Gruppe SoL beteiligt gewesen sei. Mit ihr gebe es keine Zusammenarbeit mehr – sie sei „weder bündnisfähig noch sonstwie politisch akzeptabel!“

Auch nach dem „Schanzenviertelfest“ am 04.09.10 beteiligten sich mehrere Hundert Störer an Ausschreitungen im Umfeld der Roten Flora (📖 5.3.4).

Wegen der fortlaufenden „Gentrifizierung“ des Schanzenviertels diskutierte die autonome Szene die Konsequenzen einer möglichen Räumung **der Roten Flora**. Am 26.03.2011 endete die vertraglich festgeschriebene Verpflichtung des Eigentümers, das Objekt nicht zu veräußern. Bereits im Januar 2010 begannen Autonome aus der Roten Flora mit der Planung einer Kampagne „Unverträglich glücklich“ gegen eine mögliche Räumung des Projekts. Sie äußerten, dass die „militante Verteidigung [...] ein wesentlicher Aspekt unmittelbar vor und nach einer Räumung“ sein werde. Dennoch müsse klar sein, dass die Räumung letztlich nicht militant, sondern nur politisch zu verhindern sei.

In einem weiteren Papier „Zur aktuellen Situation der Roten Flora“, das u.a. im September 2010 auf der auch von Linksextremisten genutzten Internetplattform Indymedia veröffentlicht wurde, suchen die autonomen Verfasser den solidarischen Schulterschluss mit anderen Akteuren von „Kämpfen und Konflikten um städtischen Raum“ in Hamburg, wie z.B. der „Recht auf Stadt“-Bewegung.

### Centro Sociale

Seit 2008 befindet sich in der Sternstraße der „autonome Stadtteiltrreff Centro Sociale.“ Linksextremistische Gruppen wie [a?] (📖 5.3.2), AVANTI (📖 5.2.1) und „Anarchist Black Cross“ (ABC) nutzen ihn für eigene Informations- und Mobilisierungsveranstaltungen. Im Juli 2010 fand dort eine einwöchige Veranstaltungsreihe zum Thema „Repression und Polizeigewalt“ (📖 5.3.1) statt.

2010 traf sich dort außerdem ein autonomer Vorbereitungskreis für Proteste gegen die IMK (📖 5.3.1). Darüber hinaus bietet die „Rote Hilfe e.V.“ (📖 5.2.2) in den Räumen wöchentlich eine Beratung an.

### **Libertäres Zentrum (LIZ)**

Insbesondere traditionelle Anarchisten, aber auch Angehörige der autonomen Szene Hamburgs nutzen das „Libertäre Zentrum“ (LIZ) im Karolinenviertel als Veranstaltungs- und Treffort. Während der Protestwoche gegen die Herbsttagung der IMK (📖 5.3.1) diente das LIZ als Sammlungs- und Informationsstelle.

### **„Internationales Zentrum Brigittenstraße 5“ (B 5)**

Das im Stadtteil St. Pauli gelegene „B5“ ist der **wichtigste Anlaufpunkt für die antiimperialistische Szene Hamburgs** („AIW“). Auch hier finden regelmäßige Gruppentreffen und Veranstaltungen statt. Innerhalb der links-extremistischen Szene sinkt **die Akzeptanz gegenüber dem B 5** (5.2.3).

## **5.2 Gruppen und Strukturen**

---

### **5.2.1 AVANTI - Projekt undogmatische Linke**

---

Die Gruppe „AVANTI - Projekt undogmatische Linke“ wurde 1989 von Angehörigen autonomer Gruppierungen in Schleswig-Holstein gegründet. Sie unterhält Ortsgruppen in Berlin, Bremen, **Hamburg**, Hannover, Flensburg, Kiel, Lübeck und Norderstedt. Die ca. 40 Angehörigen der Hamburger Ortsgruppe brachten sich 2010 in nahezu alle linksextremistischen Aktionsfelder ein: Die **Schwerpunkte** in Hamburg waren **Antifaschismus, Sozialpolitik, Antirassismus und Klima/Umwelt**.



Ihre extremistische Ausrichtung und ihre Ziele verdeutlicht AVANTI in einem Grundsatzpapier: „**Unsere Überzeugung war und ist, dass die heutige Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Orga-**

nisationen braucht. [...] Deswegen sagen wir, dass der Kapitalismus revolutionär überwunden werden und an seine Stelle der Sozialismus treten muss, der auf der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der demokratischen Organisation der Produktion und Verteilung beruht. [...] Um eine solche tatsächliche, aktive und umfassende Demokratie durchzusetzen, muss die demokratisch nicht legitimierte Macht des Kapitals gebrochen werden. [...] Deswegen gehen wir von der Notwendigkeit einer Revolution aus, die neue demokratische Strukturen schaffen wird, wie dies in vorangegangenen Revolutionen in Form der Räte der Fall war.“

Zur Gewaltfrage nimmt AVANTI klar Stellung: „Unsere Utopie ist [...] die einer gewalt- und herrschaftsfreien Gesellschaft. Dennoch haben RevolutionärInnen immer wieder zum Mittel der Gewalt gegriffen. [...] Wir sind daher der Überzeugung, dass die Entscheidung zum Einsatz revolutionärer Gewalt sehr genau abgewogen werden muss und nur als letztes Mittel gelten kann.“

AVANTI wird der autonomen Szene zugerechnet, obwohl sie sich von der typischen organisationskritischen Einstellung autonomer Gruppierungen abhebt. Zwar ähnelt die theoretische Basis AVANTI's der kommunistischen Weltanschauung; jedoch wird die zentralistisch-hierarchische Organisationsform vieler kommunistischer Gruppierungen nicht akzeptiert. Zudem entsprechen AVANTI's Aktionsformen eher denen der Autonomen. **Eine Zusammenarbeit mit nicht-linksextremistischen Kräften wird ausdrücklich befürwortet.**

Überregional engagiert sich AVANTI in der „**Interventionistischen Linken**“ (IL), bei der es sich um einen bundesweiten Zusammenschluss von Einzelpersonen und Gruppierungen aus der antiimperialistischen und autonomen Szene sowie einzelnen nichtextremistischen Organisationen und Personen handelt. Die IL betrachtet sich als maßgeblichen Teil einer organisierten, „**undogmatischen linksradikalen**“ Strömung, die sich durch **Intervention in praktische Kämpfe** fortentwickeln will. AVANTI zählt zu den in Norddeutschland wichtigsten IL-Gruppen.

Der überwiegende Teil der im Netzwerk IL zusammengeschlossenen Gruppen, auch AVANTI, unterstützte den im September 2010 erschienen Aufruf „**Castor? Schottern!**“. Dieser richtete sich gegen den Transport von radioaktivem Material von Frankreich in das Zwischenlager Gorleben am 07.11.10. Den **Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen**, um die Strecke

für den Transportzug unbefahrbar zu machen, sei **„notwendig und legitim“**. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg leitete Ermittlungsverfahren gegen die Initiatoren der Kampagne und deren Unterstützer wegen öffentlichen Aufrufes zu Straftaten ein. Im Vorfeld zu den Aktionen gegen den Castor-Transport organisierte AVANTI u.a. in Hamburg sogenannte Schottern-Aktionstrainings, um die Aktivisten auf **„verschiedene Widerstandsaktionen von Schottern bis zu Sitzblockaden“** vorzubereiten.




AVANTI arbeitete auch im Jahr 2010 in Bündnissen mit anderen, auch nicht-extremistischen Gruppen mit, und strebt so eine breitere gesellschaftliche Verankerung an.

Die Gruppierung veröffentlichte im Winter 2009/10 einen Aufruf zu einer bundesweiten **Bündnisdemonstration gegen den Aufmarsch von Rechts-extremisten in Dresden** am 13.02.10 (📄 V.4.3). Darin wurde betont, es sei 2009 gelungen, durch zivilen Ungehorsam den **„Naziaufmarsch“** in Dresden zu behindern. Anknüpfend an diese Erfahrung, sollten die **„Nazis“** mit **„der Stärke einer bundesweiten Mobilisierung“** durch Massenblockaden vertrieben werden. Die Verhinderung des rechtsextremistischen Aufmarsches wertete AVANTI als Erfolg: **„Teile des zivilgesellschaftlich-bürgerlichen Spektrums brachten den Mut auf, aus dem Raum des Symbolischen herauszutreten und die Bereitschaft, einen kollektiven Regelübertritt zu begehen. [...] Wir werden an ... dem erfolgreichen Konzept der Massenblockaden festhalten [...]“**



Seit 2009 arbeitet AVANTI in Hamburg im Netzwerk **„Recht auf Stadt“** mit, in dem sich neben zahlreichen nichtextremistischen Gruppierungen und Personen auch Linksextremisten engagieren. Laut Internet gab AVANTI

die Initiative zur ersten „Fette-Mieten-Party“ im April 2010, bei der Aktivist:innen aus dem Umfeld dieses Netzwerkes eine Wohnungsbesichtigung mit sarkastischer Kritik gegen Wohnungsnot verbanden. Den eigenen Standpunkt in der „Recht auf Stadt“-Bewegung erläuterte AVANTI in dem Flyer „Nehmen wir uns die Stadt!“: „[...] die Idee und die Forderung [...], sich gegen eine neoliberale Stadtentwicklungspolitik zu wehren, die nur den Interessen des Kapitals dient. [...] Für ein „Recht auf Stadt“ einzutreten, bedeutet, Prozesse der Selbstermächtigung [...] zu stärken.“ AVANTI forderte hier eine Legalisierung von Besetzungen.

Seit 2005 beeinflusst AVANTI die Aktivitäten des „**Hamburger Bündnis gegen Rechts**“ (HBGR;  5.3.2) mit und unterstützte dessen Kampagne gegen das „**extrem rechte**“ Zeitungsprojekt „Zuerst!“ auf ihrer Homepage.

Gemeinsam mit der „**Autonomen Jugendantifa Hamburg**“ [aujah] veranstaltete AVANTI im Mai 2010 zum vierten Mal seit 2006 den Jugendkongress „Her mit dem schönen Leben“. Es wurden verschiedene Workshops zu den Themen Schule, Kapitalismus und Rassismus, ebenso Blockadetrainings und Street-Art, angeboten.

### 5.2.2 Rote Hilfe e.V. (RH)

Die RH geht auf eine gleichnamige Organisation der „Kommunistischen Partei Deutschlands“



(KPD) in der Weimarer Republik zurück. Um Gesinnungsgenossen in „**politischen**“ Prozessen finanzielle Hilfe, insbesondere für Anwalts- und Gerichtskosten, leisten zu können, erhebt die RH Mitgliedsbeiträge und sammelt Spenden. Sie definiert sich als „**parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation**“ und möchte als Selbsthilfeeinrichtung „**verbindendes Element innerhalb der Linken gegen staatliche Repression**“ sein.

Auch 2010 verzeichnete die RH in **Hamburg** sowie **bundesweit Mitgliederzuwächse**. Von den bundesweit **5.500 RH-Mitgliedern** und den **480** in **Hamburg** sind nur die **wenigsten** in der Organisation **aktiv**.

Die RH veröffentlichte zum „Tag des politischen Gefangenen“ im März 2010 ein **Sonderheft zum § 129a StGB** (Bildung und Unterstützung einer ter-

roristischen Vereinigung) unter dem Titel „Wir sind alle 129a – der Hunger des Staates nach Feinden“. Das Heft endet mit einem Ausblick: „[...] um dem Staatsterror [...] entgegenzuwirken, bedarf es in erster Linie ernsthafter und starker politischer Kämpfe, aber eben auch einer aktiven Anti-repressionsarbeit“.

Die **Ortsgruppe Hamburg** bietet im Centro Sociale (📖 5.1) wöchentliche Beratungstermine und bei Bedarf Veranstaltungen zu aktuellen Themen an. Im Vergleich zu den Vorjahren **gingen ihre Aktivitäten stark zurück**, dies betraf insbesondere Informationsveranstaltungen.

Der von der Bundesorganisation seit 2008 herausgegebene und von der Hamburger OG unterstützte Newsletter „**pressback**“ beschäftigte sich 2010 u.a. mit den Themen Videoüberwachung, dem Anstieg der „**linksmotivierten Gewalt**“ und mit den Protesten gegen die IMK-Tagungen in Hamburg (📖 5.3.1).

### 5.2.3 Antimperialistischer Widerstand (AIW)

---

Antimperialisten verknüpfen Kernelemente des Marxismus-Leninismus mit dem Vorwurf, der Reichtum der Industrienationen beruhe auf der ökonomischen Ausbeutung von Ressourcen in den Entwicklungsländern und werde militärisch gesichert. Ihre politische Agitation richtet sich gegen nationale und supranationale Institutionen sowie international tätige Konzerne. In der Vergangenheit bildeten die Antimperialisten das Unterstützerfeld der 1998 aufgelösten Rote Armee Fraktion (RAF).

Das Antimperialistische Lager hat sich 2010 personell verstärkt, neu strukturiert und verjüngt. Es umfasst **aktuell ca. 90 Angehörige**. Ihr Treffort ist das „**Internationale Zentrum**“ an der **Brigittenstraße 5 („B5“)**.

Zu den Kleingruppen des AIW gehören derzeit

- Bündnis gegen imperialistische Aggression,
- Karawane Hamburg,
- Palästina Arbeitskreis Hamburg,
- Rote Szene Hamburg (RSH) und
- Sozialistische Linke (SoL).

Die Personen, die dieser Szene schon seit etlichen Jahren angehören, befassen sich traditionell mit **Unterstützungsarbeit für Befreiungsbewegungen**, u.a. in der Türkei, Palästina und Südostasien. Das Engagement der jüngeren Gruppen wendet sich mit marxistisch-leninistischer Ideologie an Jugendliche und junge Erwachsene. Wie Autonome lehnen die Antiimperialisten das Gewaltmonopol des Staates ab und reklamieren für sich zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele ein Recht auf Widerstand gegen das „System“. Dies schließt auch gewalttätige Aktionen ein.



Gruppierungen des autonomen Spektrums lehnen eine Zusammenarbeit mit den Antiimperialisten ab. Antideutsche (📖 5.2.5) unterstellen diesen antisemitische Tendenzen, da sie für einen palästinensischen Staat eintreten und Israel als Aggressor einstufen.

Die „**Sozialistische Linke**“ (SoL), die aus jüngeren Angehörigen besteht, einige mit türkischem Migrationshintergrund, orientiert sich ideologisch am „**wissenschaftlichen Sozialismus**“ der KPD und an der Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 in Russland. Deshalb gehören Lehrstunden über „**politische Aktionen, Kultur und Freizeitaktivitäten**“ ebenso zu ihrer Arbeit wie die „**theoretische Entwicklung unserer MitstreiterInnen**“.



Für den 01.05.10 hatte ein SoL-Angehöriger eine Demonstration unter dem Tenor „**Revolutionäre 1. Mai**




angemeldet, in deren Anschluss es zu **heftigen Ausschreitungen gegen Polizeibeamte, Plünderungen von Banken und Geschäften sowie weiteren schweren Sachbeschädigungen im Schanzenviertel** kam. Die Gewalttäter waren überwiegend stark alkoholisierte Jugendliche und junge Erwachsene, vielfach mit Migrationshintergrund, ohne erkennbare politische Zielrichtung, für die offenbar der „Erlebnisfaktor“ und nicht die Politik im Vordergrund stand.

Die „**Rote Szene Hamburg**“ (RSH) will eine „**starke antikapitalistische Jugendbewegung**“ aufbauen und mit „**linker revolutionärer Politik**“ insbesondere Jugendliche im Westen Hamburgs ansprechen. Sie will Jugendliche in ihrer täglichen Konfrontation mit „**Staat und Kapital**“ unterstützen

und Widerstand organisieren „gegen das, was Marx vor über 150 Jahren als ‚Kapitalismus‘ bezeichnete“. Sowohl SoL als auch RSH verzeichneten 2010 personellen Zuwachs und Interesse an ihrer Arbeit. Zusammen gehören ihnen etwa 40 Personen an.

Ein Bündnis linksextremistischer Gruppen, unter ihnen auch SoL und RSH, rief für den 16.10.10 zu einer Kundgebung gegen eine von der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT organisierte Konferenz „Internationale Sicherheitspolitik“ auf, zu der auch Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu GUTTENBERG anreiste. Die Demonstranten kritisierten die Konferenz, weil sie die Vernetzung ziviler und militärischer Akteure deutscher Sicherheitspolitik und die Diskussion über „neue imperialistische Strategien der BRD“ vorantreibe.

SoL und RSH arbeiten sporadisch mit orthodoxen Kommunisten (SDAJ  7) und der der LINKEN nahestehenden Jugendorganisation „Linksjugend [solid]“ zusammen.

### 5.2.4 Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter Union (FAU)

---

Die FAU-Ortsgruppe war die einzige Gruppierung im **anarchistischen Lager** Hamburgs, von der 2010 wahrnehmbare Aktivitäten ausgingen.



Die 1977 gegründete FAU mit Anbindung an die bundesweite „Internationale Arbeiter Assoziation“ (IAA) versteht sich als eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaft. Sie „strebt eine libertäre, klassenlose Gesellschaft an, in der sich alle Menschen gemäß ihren Bedürfnissen und ihren Fähigkeiten frei entfalten können“. Die „Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen“ ist die grundlegende Idee des von ihnen propagierten Anarcho-Syndikalismus. Um dieses Ziel zu erreichen, gehören sogenannte direkte Aktionen – wie z. B. Streiks, Besetzungen und Boykotte – zu ihrer Aktionspalette.



Internetseiten des LfV Hamburg, Arbeitsfeld Linksextremismus, Organisationen und Gruppierungen, Anarchisten.

Gegenwärtig ist die FAU **in Deutschland mit über 30 Ortsgruppen, Syndikaten und Ansprechpartnern** präsent, die sich einmal jährlich zu einem Kongress treffen, um Fragen der Gesamtorganisation zu diskutieren. Sie hat **bundesweit rund 300 Mitglieder**, davon etwa **30 in Hamburg**.

Die von der FAU-IAA bundesweit herausgegebene **Zeitung „Direkte Aktion“ (DA)** erscheint zweimonatlich mit einer Auflage von ca. 3.000 Exemplaren. Sie soll als **„revolutionäre Gewerkschaftszeitung“** und auf der **„Grundlage des Klassenkampfes [...] den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit deutlich machen“**.

Als Treff- und Veranstaltungsort benutzt und betreibt die Hamburger Ortsgruppe der FAU das **„Libertäre Kultur- und Kommunikationszentrum“ (LKA)** in Altona. Zu ihren Aktivi-



täten gehörte die Unterstützung und Beteiligung an einer Demonstration „Gegen Wohnungsnot“ im Oktober 2010 ( ▶ Foto), zu dem auch ein von Nichtextremisten gebildetes Bündnis „Leerstand zu Wohnraum“ aufgerufen hatte.

### 5.2.5 Antideutsche / Antinationale Strukturen in Hamburg

Nach der Wiedervereinigung formierten sich Anfang der 90er-Jahre Linksextremisten verschiedener Strömungen, vor allem aus der sogenannten „Radikalen Linken“, zu einem **„antideutschen“** bzw. **„antinationalen“** Lager. **„Antideutsche Strukturen“** verneinen jedwede Existenzberechtigung von Nationalstaaten, insbesondere die des deutschen Staates, da sie ein erneutes Erstarken des Nationalsozialismus befürchten. Für die jüdische Gemeinschaft sei jedoch aufgrund des Holocaust und des weltweit verbreiteten Antisemitismus die Existenz des Staates Israel auf unabsehbare Zeit überlebenswichtig.

Im Zusammenhang mit dem Israel-Palästina-Konflikt unterstellen Antideutsche Teilen der linksextremistischen Szene antisemitische Tendenzen. Diese Kritik gilt insbesondere dem antiimperialistischen Lager, das den Staat Israel als **„Aggressor“** einstuft. (📖 5.2.3)

Der Konflikt entzündete sich im Oktober 2009 erneut an der Verhinderung der Vorführung des proisraelischen Films „Warum Israel“ im Programm- kino „B-Movie“ durch antiimperialistische Personen aus dem internationalen Zentrum „B5“ (📖 VSB 2009).



Als Folge dieses Vorfalles formierte sich das antideutsche „Bündnis gegen Hamburger Unzumutbarkeiten“, das seitdem versucht, die Diskussion über „[Antisemitismus in der Linken](#)“

am Leben zu erhalten und sich so innerhalb der linksextremistischen Szene in den Fokus zu rücken.

In zahlreichen Veröffentlichungen im Internet und in der Autonomenschrift „Zeck“ im Jahr 2010 setzte sich die autonome Szene Hamburgs mit diesem anhaltenden Konflikt auseinander. Hierbei wurde deutlich, dass für sie aus ideologischen Gründen häufig weder eine Zusammenarbeit noch eine Solidarisierung mit den beiden Extremen „Antideutsche“ und „Anti-imperialisten“ möglich ist.



Als Replik auf das Ausblenden dieses Themas durch Hamburger autonome Gruppen hat das „Bündnis gegen Hamburger Unzumutbarkeiten“ im Oktober 2010 eine Broschüre mit dem Titel „[Willkommen in der Provinz](#)“ verfasst. Darin setzen sich die Autoren ausführlich mit den Ereignissen Ende 2009 und der anschließenden Diskussion auseinander. Hier wird nicht nur mit den Antiimperialisten aus der „B5“ abgerechnet, sondern auch mit der gesamten autonomen Szene Hamburgs: „[Antiimperialistischer Wahn](#)“ sei „[vollendete Realitätsverweigerung](#)“, und in diesem Sinne sei auch die fehlende Solidarisierung der autonomen

Szene mit Israel ein Zeichen für den weiterhin vorhandenen „[Antisemitismus in der Linken](#)“. 2010 gab es von „Antideutschen Strukturen“ nur wenige wahrnehmbare Aktivitäten, wie z.B. die Beteiligung an Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu antideutschen Themen.

## 5.3 Aktionsfelder

### 5.3.1 „Antirepression“

„Antirepression“ ist ein **klassisches Themenfeld von Autonomen**, weil sie die durch ihre Straftaten hervorgerufenen Reaktionen staatlicher Organe als „Repression“ ansehen. Vor diesem Hintergrund **rechtfertigen die Autonomen gewalttätige Aktionen und Anschläge**.

Aktivitäten zum Thema Antirepression entwickelten Hamburger Autonome im Jahr 2010 insbesondere **gegen die Innenministerkonferenz (IMK)** in Hamburg und mit einer einwöchigen Veranstaltungsreihe anlässlich des Todestages eines italienischen Globalisierungsgegners, der am 20.07.01 bei Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua ums Leben gekommen war.

Zu den Hamburger autonomen Gruppen, die sich überwiegend mit dem Thema „Antirepression“ befassen, gehören die „Antirepressionsgruppe Hamburg“ sowie die Gruppen „Nella Faccia“ und „Anarchist Black Cross“ (ABC).



Die „Antirepressionsgruppe Hamburg“ gehörte Anfang 2010 zu den Organisatoren von Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen zum Thema **„Repression gegen migrantische und deutsche Linke“**. Hierbei wurde über laufende Verfahren gegen Personen, denen die Mitgliedschaft in der DHKP-C nach §129b StGB [Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland] vorgeworfen wird, informiert und Parallelen zur **„verschärften Repression“** gegen deutsche Linksextremisten aufgezeigt. Schon RAF-Mitglieder seien mit ähnlichen Methoden wie die derzeitigen „§129b-Gefangenen“ gefoltert worden. In einer taz-Beilage vom 11.03.10 zum „Tag der politischen Gefangenen“ wurde ein entsprechender Text der „Antirepressionsgruppe Hamburg“ unter dem Tenor **„Die BRD als Akteur globaler Repression - Zur Entwicklung und strategischen Bestimmung des §129b“** veröffentlicht. Darin macht die Gruppe deutlich, dass Repression politisch nur bekämpft werden könne, **„wenn wir die kapitalistischen Verhältnisse bekämpfen“**.

Vom 19. bis 24.07.10 organisierte die Gruppe „Nella Faccia“ mit Unterstützung der „Antirepressionsgruppe Hamburg“ eine Veranstaltungsreihe zum

Thema „Repression und Polizeigewalt“: Der Einladung war zu entnehmen, dass diskutiert werden sollte, inwiefern „Übergriffe des Staates“ die alltägliche Praxis beeinflussten und wo es Möglichkeiten gebe, diese ins Leere laufen zu lassen. Hilfreich hierzu seien „solidarische und inhaltliche Zusammenarbeit, Vernetzung und die Entwicklung neuer Ideen“. Am 23.07.10 fand im Centro Sociale (📍 5.1) eine entsprechende Veranstaltung unter dem Motto „Repression bei Massenveranstaltungen“ statt.

Die Veranstaltungsreihe endete mit einer Antirepressionsdemonstration am 24.07.10 unter dem Tenor „Lost in Repression? Gegen jede Repression und Polizeigewalt!“ an der sich rund 800 Personen, darunter ca. 400 Autonome, beteiligten. Während der Demonstration wurden mehrere Transparente zum Tenor



gezeigt, u.a. mit dem Text „In offener Feindschaft mit Knästen, Repression, Unterdrückung, Ausbeutung, den Schergen der IMK und dem ganzen Scheißsystem!“. Bereits aus dem Auszug heraus wurden Flaschen und Böller auf Einsatzkräfte geworfen.

Nach der Demonstration hielten sich im Schanzenviertel bis in die späten Nachtstunden noch mehrere Hundert Personen auf, die Polizeibeamte mit Steinen und Flaschen bewarfen und die Scheiben der HASPA-Filiale im Schulterblatt mit einem Einkaufswagen beschädigten. Kommentaren auf der auch von Linksextremisten genutzten Internetplattform Indymedia war zu entnehmen, dass die Ausschreitungen nach der Demonstration auch kritisch gesehen wurden, da zeitgleich in der Roten Flora eine Solidaritätsparty stattfand.



Die Gruppe ABC wurde insbesondere im Zusammenhang mit den Protesten gegen die IMK aktiv (s.u.). Sie organisierte am 11.06.10 eine Veranstaltung im Centro Sociale unter dem Tenor „Europäische „Homeland Defence“ / Zur Entwicklung innerer Sicherheit in der Europäischen Union“ und eine weitere am 22.10.10 in der St. Pauli-Hafenstrasse unter dem Motto „Bis die Welt der Gitter und Papiere in Flammen aufgeht!“

Unter der Überschrift „Für die Aneignung des öffentlichen Raumes! Gegen Repression und Vertreibungspos-

litik!“ wurde in der Juli/August-Ausgabe der Autonomenschrift „Zeck“ Nr.157 für das **Schanzenviertelfest** am 04.09.10 geworben. Das Fest wurde auch in den Kontext der **bundesweiten Mobilisierung gegen die IMK** gestellt. Ankündigungen behördlicher Maßnahmen wurden bereits im Vorfeld des Festes als Repression gewertet. (📖 5.3.4)

Am 12.05.10 veröffentlichte ein „Solizusammenhang Hamburg“ ein Papier unter dem Tenor „**Gedanken zu Repression, Ohnmacht und der Suche nach Perspektiven**“. Hiermit erklärten sie sich solidarisch mit einer im August 2009 festgenommenen Aktivistin, die in einem Internetcafé beim Verfassen eines Bekennungsschreibens festgenommen wurde (📖 VSB 2009). In diesem Papier werden die polizeilichen Ermittlungen gegen die Tatverdächtige „**als Angriff auf alle linken Strukturen**“ gewertet.

Am selben Tag nahmen ca. 200 Personen an einer Kundgebung unter dem Motto „**Solidarität mit der protestierenden Bevölkerung in Griechenland!**“ teil. Hintergrund waren „**repressive**“ Maßnahmen der griechischen Polizei, nachdem bei Ausschreitungen in Athen drei Angestellte in einer in Brand gesetzten Bankfiliale ums Leben gekommen waren. In einem Aufrufpapier zu der Hamburger Solidaritätskundgebung hieß es: „**Ungeachtet dessen bleibt der Kampf breiter Teile der griechischen Bevölkerung richtig. [...] Kapitalismus ist Krieg und Krise! Für den sozialen Aufstand!!!**“

### **Proteste gegen die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)**

Hamburg hatte im Jahr 2010 den **Vorsitz der IMK** und war Gastgeber beider Konferenzen, die vom 27. bis 30.05.10 und vom 17. bis 19.11.10 stattfanden. Regelmäßige Themen der IMK sind u.a. die Innere Sicherheit, das Ausländer- und Asylrecht, Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und kommunale Fragen.

Zu **Protesten gegen die Konferenz** wurde in den Vorjahren vor allem von antirassistischen Gruppen mobilisiert. Zwei der Kernthemen der IMK im Jahre 2010, „Gewalt gegen die Polizei“ und „politisch motivierte Gewalt“ veranlassten **auch linksextremistische Gruppen**, sich insbesondere mit dem Schwerpunkt „Antirepression“ in die Protestvorbereitungen einzubringen. Im Zusammenhang mit den Protestplanungen waren „Antimilita-

ismus“ und Gentrifizierung (📖 5.3.4) weitere, für Linksextremisten bedeutsame Themen.



In dem „**No-IMK-Bündnis**“ waren **insbesondere autonome Gruppen**, wie die „Antirepressionsgruppe Hamburg“ und „ABC“, aber auch nichtextremistische Gruppen und Einzelpersonen aktiv. Vor der Frühjahrskonferenz 2010 forderte das Bündnis „ein Leben frei von Kontrollen und Überwachung, keinen Krieg und kein Militär, keine Repression, keinen Rassismus, keine Festung Europa und keinen Kapitalismus! ... Sie bereiten am 27. & 28. Mai die IMK für November vor – wir unseren Widerstand!“ [...] und endete mit dem Tenor „Hamburg unsicher machen! – Innenministerkonferenz ins Wasser fallen lassen!“

Im Vorfeld der Konferenz wurden mehrere **Sachbeschädigungen, darunter ein Brandanschlag**, verübt. So bewarfen unbekannte Täter am 16.04.10 die Geschäftsstelle der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) in St. Georg mit Farbflaschen und hinterließen Flugblätter mit Parolen wie „Fight Cops“, „Fight IMK“ oder „IMK angreifen!“

Am 24.05.10 wurde ein Fahrzeug einer Cateringfirma im Stadtteil St. Pauli in Brand gesetzt, zu deren Geschäftsbereich die Versorgung von Flüchtlingsunterkünften gehört. Außerdem wurde ein Anschlag auf die Polizei-Außenstelle in Rissen verübt. Zu beiden Taten bekannte sich eine „Autonomen Gruppe zur Erinnerung an die Toten in Hamburger Abschiebehaft“. Die Verfasser erklärten u.a., dass sie sich „als Teil einer auch militanten Bewegung“ sähen, die sich gegen „die zunehmende Aufrüstung nach innen und außen, gegen den Polizeikongress in Berlin, gegen die Sicherheitskonferenz in München, gegen die Innenministerkonferenz in Hamburg, [...] gegen DHL und Bundeswehr“ wende. Es gebe „legitime Gründe für Gewalt gegen Behörden, Reviere, Bullen und Einsatzkräfte“

An Protestaktionen gegen die Frühjahrskonferenz beteiligten sich nur wenige Linksextremisten, da die Herbstkonferenz als Schwerpunkt der Protestaktivitäten galt und die Frühjahrspeteste vornehmlich zur Information und Mobilisierung dienten.

Die **Herbstkonferenz wurde innerhalb des linksextremistischen Spektrums als herausragendes Ereignis des Jahres 2010** mit bundesweiter Bedeutung thematisiert, u.a. in dem bundesweit vertriebenen Faltblatt „Sicher? Unsicher? Entsichert!“ Darin hieß es „**Unsere Kritik an der IMK ist synonym mit einer Kritik an Herrschaft, an Macht- und Gewaltstrukturen. Unser Protest gegen staatliche Repression und autoritäre Ideologien im Inneren ist auch Protest gegen ein weltweites kapitalistisches Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem. Nur eine herrschaftsfreie Gesellschaft kann ein gerechtes Zusammenleben möglich machen.**“ Auch weitere Formulierungen wie „**Hamburg soll im November zur No-Go-Area für die IMK-Schergen werden. Zeigen wir, dass wir ihre Politik zum Kotzen finden!**“ verdeutlichen den Charakter der Aufrufe sowie die vornehmlich an Szeneangehörige zur Mobilisierung gerichtete Diktion.

Gegen das Herbsttreffen wurde über das Internet und mit Informationsveranstaltungen des „No-IMK-Bündnisses“ in verschiedenen deutschen Städten mobilisiert. Außerdem wurden u.a. in Hamburg **Anschläge mit direktem Bezug zur IMK** verübt: Am 21.10.10 warfen Unbekannte zwei Feuerwerkskörper auf das Wohngelände der Generalbundesanwältin. Am 23.10.10 wurde das Wohnhaus des Innensensors mit Farbe beschädigt und der Pkw des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zerstört. In einem u.a. in der November/Dezember-Ausgabe der „Zeck“, Nr.159 veröffentlichten Selbstbeichtigungsschreiben bekannten sich „autonome(n) gruppen“ zu den Taten. Sie wollten nicht „**zusehen, wenn sich die Akteure der sogenannten „inneren sicherheit treffen, [...] sondern schon jetzt unseren teil für eine gelungene veranstaltung beitragen**“. Das Schreiben endet: „**wir wollen ein selbstbestimmtes leben, frei von kontrolle und überwachung! wir alle sind die unruhe – wir alle sind die revolte – wir alle sind das leben!**“

Neben den **Sachbeschädigungen in Hamburg** wurden in Berlin drei Gewalttaten mit IMK-Bezug begangen, darunter ein Brandanschlag auf die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung in Charlottenburg-Wilmersdorf. Zudem wurde in der Nacht zum 18.11.10 eine Mauer vor dem Eingang der Ausländerbehörde in Freiburg errichtet und mit der Aufschrift „**Hamburg beschließt - Freiburg schiebt ab - IMK blockieren!**“ auf die Herbstkonferenz in Hamburg Bezug genommen.

Den Auftakt der Aktionswoche des „No-IMK-Bündnisses“ bildeten am 13.11.10 zwei Demonstrationen und das dazwischen platzierte „**jump &**



run-“Konzept, welches als Bindeglied für beide Aufzüge fungieren sollte. Mehrere kleine Gruppen sollten unangemeldete Aktionen im Innenstadtbereich durchführen, Öffentlichkeitswirkung herstellen und ein „**unkontrollierbares Element**“ darstellen. An der Auftaktdemonstration mit dem Tenor „**Freedom of movement is everybody's right**“ nahmen rund 1.000 Teilnehmer, darunter ca. 300 Autonome, teil. Die Antirepressionsdemonstration unter dem Motto „**Gegen rassistische Flüchtlingspolitik, staatliche Repression und innere Sicherheitsdiskurse - IMK versenken**“ zählte ca. 2.000 Teilnehmer, weit überwiegend Linksextremisten, insbesondere Autonome. Der erste Aufzug und das „jump & run-“ Konzept verliefen weitgehend

friedlich; während und nach der zweiten Demonstration kam es zu **Straftaten**. Teilnehmer warfen mehrere Scheiben der Staatsanwaltschaft Hamburg und eines Kreditinstitutes ein. Bei zahlreichen weiteren Straftaten handelte es sich vornehmlich um Verstöße gegen polizeiliche Auflagen, das Vermummungsverbot sowie um das Hantieren mit pyrotechnischen Gegenständen. Nach Beendigung des Aufzuges wurden im Stadtteil Ottensen drei Autos in Brand gesetzt und die Scheiben eines Geldinstitutes eingeworfen. Insgesamt wurden vier Personen fest- und 19 in Gewahrsam genommen. In einem Aufruf hatten die Verfasser deutlich gemacht, dass sie die Demonstration als Ausdruck ihrer „**grundsätzlichen Infragestellung des herrschenden gesellschaftlichen und ökonomischen Systems**“ verstehen.



In einer schriftlichen Stellungnahme nach der Antirepressionsdemonstration machten „Autonome aus Hamburg“ deutlich,

dass sie in den vergangenen Tagen „**in Hamburg ein gewaltsames Bild polizeilicher Repression**“ wahrgenommen hätten. **Bereits die Präsenz der Einsatzkräfte sei „als latente Gewaltandrohung“ zu verstehen**. Letztlich sei die Antirepressionsdemonstration Opfer von „Repression“ geworden.

Bei den weiteren Aktivitäten der Protestwoche kam es nur vereinzelt zu Straftaten. Am 15.11.10 fand ein Stadteilrundgang mit dem Tenor „Gegen Gentrifizierung und Repression“ im Bereich Schanzenviertel statt, an dem sich 300 Personen beteiligten.

In einem Flugblatt mit der Überschrift „Unangemeldeter Anti-Knastspaziergang – Feuer den Knästen und jedem Staat! IMK versenken!“ wurde für den 16.11.10 zu einer Protestkundgebung mobilisiert: „Wir wollen die konstante Konfrontation mit diesem Staat, den Bullen, Gerichten und all denen, die uns unsere Freiheit nehmen wollen. Die Aufrufer betonten, sie seien „gegen den Knast, weil wir diese Gesellschaft zerstören wollen, weil wir uns nicht friedlich in ihre Städte, ihre Schulen, ihre Kasernen, ihre Einkaufszentren integrieren wollen [...]“. 100 Linksextremisten folgten diesem Aufruf und fanden sich zu einer unangemeldeten Kundgebung vor der Untersuchungshaftanstalt am Holstenglacis ein. Im Verlauf der Veranstaltung wurden pyrotechnische Gegenstände gezündet. Dabei kam es zu vier vorläufigen Fest- und einer Ingewahrsamnahme.

Weitere Aktivitäten wie z.B. der sogenannte „MobMove“ am 18.11.10 verliefen unspektakulär und mit geringer Beteiligung.

### 5.3.2 „Antifaschismus“

Ein zentrales Aktionsfeld von Linksextremisten ist der „antifaschistische Kampf“ gegen Rechtsextremisten, deren Strukturen und Aktivitäten. Da Rechtsextremismus und Faschismus nach ihrer Auffassung zwangsläufige Folgen kapitalistischer Staaten seien, verbinden sie ihre Agitation mit der **Beseitigung des „herrschenden Systems“**. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen demonstrative Protestaktionen gegen Aufmärsche, Infostände und Veranstaltungen von Rechtsextremisten sowie das direkte Vorgehen gegen Einzelpersonen. Die **Bereitschaft zur Gewaltanwendung** wird im Rahmen des „Kampfes gegen Rechts“ als legitimes und geeignetes Mittel angesehen. Eine gewalttätige Eskalation von Konflikten wird dabei bewusst in Kauf genommen und als Ausdruck besonders konsequenten Handelns angesehen.



Am 17.07.10 kam es im Zusammenhang mit einer Kundgebung der NPD gegen die geplante Schulreform und Gegenprotesten in Wandsbek im Bereich der Bahnhöfe Farmsen und Berne zu heftigen **Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten**. Zehn schwarz gekleidete Vermummte attackierten auf einem U-Bahnhof Angehörige des rechten Spektrums und verletzen sie teilweise. An anderer Stelle bewachten drei Männer Fahrzeuge der NPD-Versammlungsteilnehmer, als sie von 40 Personen aus der autonomen Antifa angegriffen wurden. Eine Person wurde schwer verletzt, zwei Fahrzeuge und die Scheiben einer Tankstelle beschädigt.

Am 21.09.10 überfielen mehrere Linksextremisten einen NPD-Funktionär und dessen Begleiter beim Verlassen eines Lokals im Hamburger Stadtteil St. Pauli. Er wurde durch Schläge ins Gesicht verletzt.

Neben diesem **offen gewalttätigen Auftreten** ist die „Recherchearbeit“ für die autonome Antifa von besonderer Bedeutung. Angehörige von Antifa-Gruppen spähen einzelne Rechtsextremisten gezielt aus, sammeln Informationen über sie und nutzen diese Informationen u.a. für **„Outing-Aktionen“** in der Nachbarschaft des Betroffenen bzw. für Veröffentlichungen in Szene-Publikationen und im Internet. Die Aktionen sollen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten aus der Anonymität lösen und ihre Gesinnung öffentlich machen.

Autonome Antifaschisten beteiligen sich zudem an Informationsveranstaltungen über rechtsextremistische Strukturen. Die Inhalte dieser Veranstaltungen stammen dabei zum Teil aus den o.g. Recherchen; Organisation und Durchführung liegen aber zumeist bei organisierten Gruppierungen – wie antifaschistischen Organisationen mit orthodox-kommunistischen Hintergrund, z.B. dem linksextremistisch beeinflussten „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ (HBgR) oder AVANTI

(📖 5.2.1).



Zu den Informationsplattformen der Hamburger Antifa-Szene zählt u.a.

seit 2004 die Internetseite des **„Antifa Info Pool Hamburg“**. Die Initiatoren bezeichnen sich **„als Zusammenschluss von Personen verschiedener Hamburger Gruppen und Projekte“**. Organisierten und nicht organisierten Antifaschisten soll damit die Möglichkeit gegeben werden, sich gezielt

über Veranstaltungen und Aktionen zu informieren, um zu einer Stärkung der lokalen Antifa-Strukturen beizutragen. Seit 2010 verweist die Homepage zusätzlich auf Twitter, so dass in Zukunft von einem stärkeren Informationsfluss und einer **erhöhten Mobilisierungsfähigkeit autonomer Antifa-Gruppen** ausgegangen werden kann.

Seit Mai 2006 findet regelmäßig das „Antifa-Café“ eines „gruppenübergreifenden Zusammenhanges“ in St. Pauli statt. Es sei notwendig, einen Ort des Austausches zu haben, „**der es nicht nur ermöglicht sich mit aktuellen Infos oder Materialien einzudecken, sondern darüber hinaus auch Entstehungsplatz vielfältiger antifaschistischer Aktionen sein kann.**“ Die Veranstaltungen wurden überwiegend mit der Mobilisierung für Hamburger und überregionale Aktivitäten autonomer Antifaschisten verbunden. Im Mai 2010 blieb das Café anlässlich des Hamburger Hafengeburtstages geschlossen, da die Geschichte des Hafens von „**deutscher Kolonialpolitik, Kriegshafen und Zwangsarbeit gekennzeichnet**“ sei. Die antideutsche Haltung (📖 5.2.5) im Grundverständnis der Betreiber spiegelt sich in der Ankündigung wider: „**Stattdessen findet ihr uns irgendwo im politischen Kontrastprogramm der Hafenstraße, wo wir uns auf den 65. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus einstimmen werden. In diesem Sinne. Hamburg muss sterben! Und Deutschland sowieso!**“

Im HBgR, das bereits im Jahr 2002 gegründet wurde, **arbeiten Linksextremisten verschiedener Zugehörigkeit** und Nichtextremisten auf der Basis einer „**Hamburger Erklärung gegen Rassismus und Faschismus**“ zusammen, u.a. orthodoxe Kommunisten und AVANTI. Darin setzt sich das HBgR u.a. „**für die Diskussion über alternative Gesellschaftsmodelle ein, in denen Faschismus keine Chance hat**“.

Während 2009 das Hauptaugenmerk des Bündnisses auf die Kampagne „Brauner Sack“ (📖 VSB 2009, S. 149) gelegt wurde, richtete sich dessen Augenmerk 2010 auf die seit Dezember 2009 von einem Hamburger Verlag vertriebenen Zeitschrift „Zuerst“. Der Verleger dieser Zeitschrift sei „**seit Jahren im extrem rechten Verlagswesen eine Scharnierfunktion zum organisierten Neofaschismus**“. In



Form eines modernen unverfänglichen Nachrichtenmagazins versuche die Zeitschrift Rassismus, Nationalismus und antisemitische Verschwörungstheorien zu präsentieren. Am 03.07.10 führte das HBgR eine Protestkundgebung in St. Pauli anlässlich einer vom Verlag organisierten Sportveranstaltung mit ca. 100 Teilnehmern durch. **Unterstützung erhielt das Bündnis von autonomen Antifa-Gruppen**, die bei der Flugblatt-Verteilung dabei waren. Nach dem 11.09.09, als das HBgR eine Protestkundgebung gegen eine rechtsextremistische Veranstaltung aus Sicht der autonomen Antifa zu Wahlkampfzwecken missbraucht hatte (📖 VSB 2009, S. 133 ff.) und es deswegen zu einem Bruch zwischen antifaschistischen Organisationen mit orthodox-kommunistischen Hintergrund und autonomen Gruppen gekommen war, ist eine solche öffentliche Zusammenarbeit möglicherweise ein **erster Ansatz für eine erneute Vernetzung**.



Die autonome Gruppe **[a²]-Hamburg** widmet sich seit April 2008 überwiegend der „antifaschistischen linksradikalen Politik“. Auf deren Homepage wird hauptsächlich die Mobilisierung zu regionalen und überregionalen Antifa-Aktionen vorangetrieben. Im Jahr 2010 engagierte sich die Gruppe zudem im „No IMK Bündnis“. In diesem Zusammenhang äußerte [a²], seine radikale Kritik an den Verhältnissen weiterhin vielseitig zu gestalten und gegen die IMK aktiv zu werden. „Lasst uns gemeinsam die IMK versenken – gegen Staat, Nation, Kapital und das Märchen vom Extremismus.“ Für das diesjährige „Schanzenfest“ rief [a²] auf: „Hier in Hamburg ist es vor dem Hintergrund der Infragestellung unseres Squats der Roten Flora dringend nötig, andere Freiräume, wie das Schanzenfest, gegen Bullen und andere Unsympath\_innen mit vielen kreativen und ggf. auch direkten Mitteln und auf diversen Ebenen durchzusetzen. [...] Wie auch in Hamburg, sind dabei alle Mittel einzusetzen, um diesem Ziel möglichst nahe zu kommen.“ Staat, Nation und Kapital sollen offensiv und direkt angegriffen werden. Zum Jahresende veröffentlichte [a²] schließlich einen Artikel darüber, wie einem bekannten Rechtsextremisten nach antifaschistischer Intervention seine Nebentätigkeit in einem Lokal in St Pauli gekündigt wurde. Die Antifaschisten informierten den Arbeitgeber mit dem bereits im Jahr 2009 verwendeten Outing-Flyer.

Auch im Jahr 2010 **beteiligten sich Hamburger Antifaschisten an bundesweiten Veranstaltungen und Aktivitäten**. Eine breite überregionale Beteiligung erfolgte am 13.02.10 mit den Protesten gegen den von Rechtsextremisten angemeldeten „Trauermarsch“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens. Aus Hamburg reisten bis zu 500 Personen, davon etwa 200 gewaltorientierte Linksextremisten, nach **Dresden**, die bereit waren, das im Vorfeld angekündigte Blockadekonzept mitzutragen. Nach der **Verhinderung der rechtsextremistischen Demonstration mit Hilfe der Massenblockaden**, kam die Antifa darin überein, dass die Blockade als geeignetes Instrument in die Zivilgesellschaft hineingetragen werden konnte, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu mobilisieren und **Raum auch für gewalttätige Aktionen** zu eröffnen.

Am 27.03.10 fand in Lübeck eine weitere von Rechtsextremisten angemeldete Demonstration unter dem Motto: „Bomben für den Frieden?“



statt. Ein breites Bündnis aus örtlichen und überregionalen Antifa-Zusammenhängen rief nach dem Vorbild Dresdens dazu auf, mittels Massenblockaden den Aufzug der NPD effektiv zu stören. Aus Hamburg erfolgte eine gemeinsame Anreise von Linksextremisten nach Lübeck. Insgesamt versperrten etwa 450 Demonstranten durch Sitzblockaden den Aufzug des rechten Spektrums, woraufhin dieser aufgelöst werden musste. In Einzelfällen kam es zu Sachbeschädigungen und Landfriedensbruch sowie Flaschenwürfe auf Polizeibeamte. Zu Demonstrationen anlässlich des **1. Mai** mobilisierte die Hamburger Antifa-Szene 2010 überwiegend für die Aktionen in **Rostock und Berlin**, da sie sich an einer von der SoL angemeldeten Demonstration in Hamburg unter dem Tenor: „Revolutionäre 1. Mai Demonstration. Kapitalismus zerschlagen!“ nicht anschließen wollte. Hintergrund ist ein Konflikt zwischen antideutschen Strukturen und der SoL (📖 5.2.5).

Die regionalen antifaschistischen Aktivitäten hingegen waren 2010 von vergleichsweise geringer Bedeutung, weil insbesondere von der NPD (📖 7.1) deutlich weniger Aktivitäten als in den Vorjahren ausgingen.

### 5.3.3 Antirassismus

---

Linksextremistische – überwiegend autonome – „Antirassisten“ protestieren insbesondere gegen die Asylpolitik. Im Rahmen zeitlich begrenzter Kampagnen mit regionalen oder inhaltlichen Schwerpunkten werden Forderungen wie „generelle(r) Abschiebestopp“ und „Grenzen auf – Bleibe-recht für alle“ erhoben.

Bei Protestaktionen streben Linksextremisten häufig eine **Zusammenarbeit mit demokratischen und humanitären Organisationen** an. Dabei versuchen sie, die **Zielrichtung der Aktivitäten zu dominieren**. Linksextremistische Antirassisten haben sich dem Bündnis „No IMK“ angeschlossen, und somit ihren Fokus auf die Frühjahrs- und Herbstkonferenz der Innenminister (IMK) 2010 in Hamburg gerichtet.

Vom 25.09. bis 03.10.10 fand in Brüssel ein sogenanntes „**No Border-Camp**“ statt, in dem Antirassisten verschiedener europäischer Länder gegen die Migrationspolitik der Europäischen Union protestierten. Initiator dieser Camps ist ein europäisches Netzwerk und loser Zusammenschluss autonomer Gruppen sowie nichtextremistischer Flüchtlingsinitiativen. Es richtet sich gegen „die europäische Politik der Abschottung“ gegenüber Flüchtlingen aus anderen Kontinenten. Die Camps finden seit den 90er-Jahren zumeist an den Außengrenzen der EU statt (2009 z.B. auf der griechischen Insel Lesbos).

Zu der vom Dachverband Europäischer Gewerkschaften organisierten „Eurodemonstration“ am 29.09.10 in Brüssel hatten neben nichtextremistischen Initiativen auch linksextremistische Gruppen aufgerufen und zur Teilnahme an einem „antikapitalistischen Block“ und zu „direkten Aktionen“ aufgefordert. Die Polizei nahm während der Demonstration zahlreiche Teilnehmer fest – unter ihnen auch fünf Hamburger Linksextremisten.



Vom 14.10. bis zum 17.10.10 fand in der Roten Flora ein antirassistischer Kongress („arak 10“) „Gegen den rassistischen Normalzustand“ statt, an

dem täglich bis zu 100 Personen teilnahmen. Der Kongress befasste sich u.a. mit dem Thema „[antirassistische Sondergesetze](#)“, informierte über den „[aktuellen Widerstand im Abschiebelager Horst](#)“ (gemeint ist die Flüchtlingsunterkunft in Nostorf-Horst, Mecklenburg-Vorpommern, in der Asylbewerber untergebracht werden) und mobilisierte mit einer Informationsveranstaltung gegen die IMK im Herbst 2010.

### 5.3.4 Linksextremistisch beeinflusste Initiativen gegen Stadtentwicklungspolitik

**Proteste gegen die sogenannte „Gentrifizierung“** (soziale Umstrukturierung, Aufwertung des Wohnumfeldes) spielten 2010 für Linksextremisten in Hamburg eine bedeutende Rolle. Mit dem Widerstand gegen „Umstrukturierung“ befassten sich zahlreiche Initiativen und Gruppen in Hamburger Stadtteilen. In dem 2009 gegründeten Netzwerk „Recht auf Stadt“ engagieren sich neben vielen nichtextremistischen Gruppierungen auch die „Rote Flora“, das „Centro Sociale“ ([📖 5.1](#)), das „Freie Netzwerk zum Erhalt des Schanzenparks“ und „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ (AVANTI [📖 5.2.1](#)). AVANTI zufolge sei „[Recht auf Stadt \[...\] als oppositionelle Forderung und konstituierendes Moment sozialer Gegenmacht von unten](#)“ zu verstehen und weise daher „[tendenziell über den Kapitalismus hinaus](#)“. Insgesamt verfügen extremistische Gruppen in dem wachsenden Netzwerk nicht mehr über prägende Einflussmöglichkeiten.

In einem Papier gegen Umstrukturierung vom Frühjahr 2010 vertritt das Floraplenum ([📖 5.1](#)) die Ansicht, dass sich die Stadtentwicklung gegen alle ärmeren Menschen wende, solange der Kapitalismus ihre Grundlage sei: „[Deshalb richtet sich unser Widerstand nicht nur gegen deren schlimmste Auswüchse, sondern gegen das ganze verdammte System.](#)“



Das „Freie Netzwerk zum Erhalt des Schanzenparks“ setzte seine **Aktivitäten gegen das Mövenpick-Hotel** im Schanzenpark fort. Regelmäßig

wurden „Volksküchen“ vor dem hoteleigenen Restaurant durchgeführt und Transparente u.a. mit der Aufschrift: „Die Spinnen, Die Bullen, Die Schweine“ und „MÖVENPIG VERPISS DICH“ gezeigt. Darüber hinaus wurden wiederholt Fensterscheiben des Restaurants und Kraftfahrzeuge durch sogenannte „Krähenfüße“ auf der Zufahrt zum Hotelrestaurant beschädigt.

Am 06.05.10 wurde das Fahrzeug des Senators für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz von unbekanntem Tätern mit Gläsern beworfen, die mit Farbe gefüllt waren, und dabei erheblich beschädigt. Der Senator hielt sich anlässlich einer Diskussionsrunde zum Thema „Unsere Jugend – unsere Verantwortung. Zeit zu handeln“ in der Ganztagesesschule St. Pauli auf. In diesem Zusammenhang kritisierte eine „Angry Bicyclist Brigade“ in der Zeck Ausgabe Nr.157 Juli/August 2010 unter der Überschrift „Parke nicht in der Bernhard-Nocht-Strasse!“, dass erhebliche Teile der Bevölkerung bereits durch steigende Mieten aus ihrem Viertel vertrieben worden seien. Daher habe man eine solche Veranstaltung „unmittelbar neben den Hafenstrassenhäusern“ nicht unkommentiert lassen können. Der Text endete mit den Worten: „Rote Flora bleibt, Hafenstrasse come back!“

In der Nacht zum 30.05.10 verschafften sich bis zu 200 Personen, darunter auch Hamburger Autonome, gewaltsam Zutritt zum ehemaligen „Erotic Art Museum“ und begingen im Gebäude weitere Sachbeschädigungen. Auf der auch von Linksextremisten genutzten Internetplattform Indymedia

äußerten die Aktivisten, dass sie das Gebäude besetzt hätten, weil die Aufwertung des Bernhard-Nocht-Quartiers ein Beispiel für die zunehmende Verdrängung der Anwohner sei. „Gegen diese kontrollierte Stadt“ setze man „die Unberechenbarkeit des Widerstands“.



Das „Schanzenfest“ am 04.09.10 wurde im Jahr 2010 als „Interventionsort und Teil der Auseinandersetzung um die Rote Flora“ sowie als Teil des Kampfes um ein „Recht auf Stadt“ und der bundesweiten Mobilisierung gegen die Innenministerkon-

ferenz

ferenz gesehen. Das Fest sei „eine Form der Aneignung [...] in den [...] Alltagsrealitäten einer alles durchdringenden Ökonomie“.

Im Vorfeld des Festes wurden am 28.08.10 die Eingangstür der Geschäftsstelle der GAL in Eimsbüttel mit Farbe beschmiert sowie 14 Scheiben des Altonaer Rathauses eingeschlagen.

Das Straßenfest selbst verlief mit bis zu 8.500 Besuchern zunächst friedlich. Verschiedene Transparente in den Straßenzügen ließen erkennen, dass die autonome Szene maßgeblich an der Organisation des Festes mitgewirkt hatte: „Feuer und Flamme gegen Repression“, „Schwarze Blöcke statt runder Tische“. Mehrfach war zuvor betont worden, dass das Fest wieder sichtbar politischer gestaltet werden sollte, um dem „Eventcharakter“ und den anschließenden Ausschreitungen entgegenzuwirken.

Dennoch **verfolgten Teile der linksextremistischen Szene offenbar eine gezielte Eskalation**, indem sie in den Tagen vor dem Fest im Schanzenviertel eine „Karte mit Tipps für den gepflegten Krawall“ verteilten. Unter der Überschrift „Bambule Fans, welcome in Hamburg Schanzenviertel“ wurde auf verschiedene „Angriffsziele“ im Viertel aufmerksam gemacht, darunter die Polizeiwache in der Lerchenstraße, die am 03.12.09 von Vermummten angegriffen worden war (📖 VSB 2009).

**Im Anschluss an das Fest kam es zu massiven Ausschreitungen**, an denen sich mehrere Hundert Randalierer, überwiegend gewaltorientierte junge Menschen, beteiligten. Polizisten wurden mit Steinen, Flaschen und Molotowcocktails beworfen, mehrere Fahrzeuge und Müllcontainer in Brand gesetzt. Die Polizei nahm 42 Personen fest, darunter die Hälfte mit Hamburger Wohnsitz. Rund drei Viertel der Festgenommenen waren jünger als 25 Jahre.

Am 16.10.10 drangen mehrere Personen in ein leer stehendes Objekt an der Juliusstraße ein. Bei der Räumung durch die Polizei kam es zu vereinzelt Ausschreitungen. Mit der Aktion mobilisierten die Aktivisten zu der Demonstration „Leerstand zu Wohnraum – endlich die Wohnungsfrage lösen“ am 23.10.10. An der weitgehend friedlich verlaufenen Demonstra-



tion nahmen ca. 3.200 Personen, darunter bis zu 370 Linksextremisten teil. Es wurden Transparente mitgeführt, denen z.B. zu entnehmen war „Autonome Projekte verteidigen“ und „gegen Polizeigewalt und Repressionen“.

### 5.3.5 Linksextremistische Einflussnahme auf Proteste gegen die Energiepolitik

---

Linksextremisten machen seit mehreren Jahren nur noch einen geringen Teil der Anti-Atom-Bewegung aus. Mittlerweile haben sie ihren Protest um das Thema **Klimawandel** erweitert. Die Abschaffung des kapitalistischen Systems sei notwendig, um den Klimawandel als zwangsläufige Folge kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu stoppen. In diesem Sinne seien auch Atomkraftwerke lediglich Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse und müssten somit stillgelegt werden.



Im Jahr 2009 hatten sich linksextremistische Klimaaktivisten insbesondere mit den Protesten gegen den UN-Klimagipfel in Kopenhagen befasst. In Hamburg galt dies insbesondere für die Gruppen „AVANTI“ (📖 5.2.1) und „atmospheric disorder“. Letztgenannte brachten sich über das autonome Netzwerk „Never Trust A Cop“ (NTAC) in die internationale Mobilisierung ein (📖 VSB 2009).

Anfang 2010 lud die Gruppe „atmospheric disorder“ unter dem Tenor „Jokenhagen“ zu einem „Gedankenaustausch“ zum Klimagipfel ein, da man bisher „viel zu wenig von den systemkritischen Inhalten“ gehört habe. In diesem Zusammenhang kritisierte das **linksextremistische „Klima!Bewegungsnetzwerk“** die Proteste als nicht erfolgreich, da nicht die gewünschte Wirkung in der Öffentlichkeit erzielt worden sei. In einem Papier mit dem Titel „Der Gipfel des Scheiterns [...] zaghafte Schritte einer dringend notwendigen Klimabewegung“ äußerte AVANTI, dass die Proteste in Kopenhagen zugleich Startschuss und Sinnkrise der Klimabewegung gewesen seien. **Eine Radikalisierung der Klimabewegung sei erforderlich.** Die Systemfrage sei bereits erfolgreich in die Klimadebatte

getragen worden und „in vielen Diskussionsveranstaltungen in eine solide Kapitalismuskritik“ umgeschlagen.

In Hamburg waren 2010 Aktionen **linksextremistischer Klimaaktivisten kaum wahrzunehmen**. Lediglich am 18.08.10 organisierte das „Klimaplenum Hamburg“, in dem neben nichtextremistischen Organisationen auch Linksextremisten wie AVANTI organisiert sind, Proteste gegen das sogenannte „Greenwashing“ (Bemühen von Unternehmen um ein umweltfreundliches Image durch Sponsoring-Aktivitäten) im Rahmen einer internationalen Radsport-Veranstaltung in Hamburg.

Die Organisatoren werteten ihre Aktionen im Anschluss als Erfolg, da eine positive Resonanz in der Öffentlichkeit erfolgt sei. Die Veranstaltung wurde jedoch nicht beeinträchtigt.

Vor dem Hintergrund längerer Laufzeiten für Atomkraftwerke und der Diskussion um mögliche Endlagerstandorte für Atommüll erhielt die Anti-Atom-Bewegung insgesamt im Jahr 2010 starken Zulauf. Bei vielen Aktivisten stand der Castor-Transport von La Hague nach Gorleben im November 2010 im Fokus. **Linksextremisten profitierten von diesem Zuspruch für die Anti-Atom-Bewegung jedoch kaum.**

Am 24.04.10 nahmen bis zu 93.000 Menschen an einer friedlich verlaufenen Protestaktion (Menschenkette) anlässlich des Tschernobyl-Jahrestages unter dem Tenor: „**Kettenreaktion – Atomkraft abschalten**“ teil. Das linksextremistische Anti-Atom-Büro (AAB) Hamburg hatte der Protestaktion im Vorfeld eine Absage erteilt, da solche Großaktionen zu sehr von Parteien geprägt seien: „**Atomausstieg bleibt Handarbeit und kein parlamentarisches Schaulaufen!**“ Die fehlende Forderung nach einer „**sofortige(r)n Stilllegung aller Atomanlagen**“ sei für das AAB als undogmatische AKW-Gegner nicht tragbar.

Bereits im September 2010 rief ein Bündnis „**Castor? Schottern!**“ zum massenhaften Schottern an den Gleisen der Transportstrecke des Castor-Transports nach Gorleben auf. (🚂 5.2.1)



Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörten u.a. das AAB und das „Klima!Bewegungsnetzwerk“.

In der Mobilisierungszeitung des Bündnisses „Castor? Schottern!“ forderte das AAB erneut die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Dies sei eine „Entscheidung für die Betroffenen und gegen neo-koloniale Verhältnisse“.

Die linksextremistische Gruppe „Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke“ (SAND) agitierte neben dem Castor-Transport nach Gorleben auch gegen Atomtransporte, die über den Hamburger Hafen abgewickelt werden. „Atomtransporte verhindern heißt die Atomanlagen stilllegen und das ist genau unser Ziel.“

Beide Gruppen beteiligten sich an Informations- und Mobilisierungsveranstaltungen sowie „Schotter“-Trainings in Hamburg vor dem Castor-Transport. Auch im Rahmen der Autonomen Vollversammlung am 15.10.10 in der Roten Flora wurde über den Widerstand gegen den Castor-Transport informiert.

Der Transport startete am 05.11.10 und erreichte seinen Zielort mit erheblicher Verspätung am 09.11.10. Die Auftaktdemonstration in Dannenberg am 06.11.10 verlief mit bis zu 25.000 Teilnehmern, darunter ca. 300 Autonome, weitgehend friedlich.



In den darauffolgenden Tagen versuchten Tausende Aktivisten den Transport durch mehrfache Sitz- und Treckerblockaden auf den Schienen und der Straße sowie mit der Aktion „Castor? Schottern!“ aufzuhalten. Hierbei kam es mehrfach zu **gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei**, an denen sich insgesamt rund **500 Linksextremisten** beteiligten.

Die Organisatoren der Kampagne „Castor? Schottern!“ zogen eine positive Bilanz ihrer Aktion. Der Widerstand sei „massenhafter und ungehorsamer“ geworden.

Im Rahmen der „Autonomen Vollversammlung“ am 15.12.10 in der Roten Flora wurden die Proteste thematisiert. Demnach hätten mehrere Gruppen von der „Castor? Schottern!“-Kampagne Abstand genommen, weil die Aktionsform bereits in den Vorjahren von „[autonom anarchistischen Zusammenhängen](#)“ erfolgreich durchgeführt worden und diese nun „[durch die Instrumentalisierung der Aktion zur Massenmobilisierung](#)“ für einige nicht mehr tragbar sei. Darüber hinaus käme eine Zusammenarbeit mit Parteien nicht in Frage. Die Aktion sei überdies wenig erfolgreich gewesen und habe den Castor-Transport nicht aufhalten können.

Im Dezember 2010 mobilisierte die Gruppe SAND auf ihrer Homepage auch zu den Protesten gegen weitere Castor-Transporte nach Lubmin bei Greifswald und zur Großdemonstration gegen Atomkraft in Ahaus.

Die Teilnehmerzahlen an den demonstrativen Aktionen im Raum Greifswald blieben weit hinter der großen Zahl der Protestler im Wendland zurück. Aktivitäten der linksextremistischen autonomen Szene wurden nicht festgestellt.

Ein geplanter Atomtransport von Ahaus nach Majak (Russland) wurde kurzfristig abgesagt. Dies verbuchte die Gruppe SAND im Dezember 2010 unter dem Tenor: „[Keine Atomtransporte durch Hamburg und anderswo!](#)“ als Erfolg. Die Atomtechnologie sei „[bewusster, konsequenter Ausdruck](#)“ der „[herrschenden Verhältnisse](#)“, die man „[angreifen](#)“ müsse.



## 6. Extremistische Teilstrukturen in der Partei „DIE LINKE:“

Seit Mai 2008 beobachtet der Hamburger Verfassungsschutz nur noch **eindeutig extremistische Strömungen in der Partei „DIE LINKE“**. Von ihrer Bedeutung in Hamburg her sind die „Kommunistischen Plattformen“ (KPF) und die „Linksjugend [solid] zu erwähnen. Von der trotzkistischen Gruppe „marx21 – Netzwerk für Internationalen Sozialismus“ gingen 2010 keine nennenswerten Aktivitäten aus. Insgesamt sind in den extremistischen Teilstrukturen der Partei „DIE LINKE“ ca. 70 Personen aktiv.

[Internetseiten des LfV Hamburg, Arbeitsfeld Linksextremismus, Extremistische Strukturen in der Partei „DIE LINKE“](#)




### „Kommunistische Plattformen“ (KPF)

Die KPF verstehen sich als Zusammenschluss von Kommunisten in der Partei „DIE LINKE“. Die **beiden in der Hamburger Partei „DIE LINKE“ existierenden KPF**, eine mit dem Namenszusatz „Clara Zetkin“, arbeiten überwiegend theoriebezogen und entfalten kaum öffentliche Aktivitäten. Die KPF „Clara Zetkin“ unterhält eine – inaktuelle – Internetseite.



**DIE LINKE.**  
KPF Clara Zetkin

In der Frage des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln sieht die KPF „Clara Zetkin“ nach wie vor das Haupthindernis für eine „**fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung**“. Es gelte, „**den grundlegenden Widerspruch dieser Gesellschaftsordnung, nämlich den zwischen Arbeit und Kapital, zu lösen**“. Zu erkämpfen sei die „**Überwindung aller Herrschaftsformen, vor allem der kapitalistischen**“. Sie versteht sich als Teil der „**antikapitalistischen Bewegung in der BRD**“.

Anlässlich der **von Linksextremisten** mit initiierten Aktion gegen den Transport von Castoren ins Zwischenlager Gorleben im November unterzeichneten auch zwei Angehörige der Hamburger KPF den Aufruf „Castor? Schottern!“; gegen dessen Unterstützer wegen öffentlichen Aufrufes zur Begehung von Straftaten ( 5.3.5) ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde.

### „Linksjugend [ `solid]“

Der **Hamburger Landesverband dieser der Partei „DIE LINKE“ nahestehenden Jugendorganisation** ist in verschiedene, zumeist kurzlebige „Basisgruppen“ untergliedert.



**linksjugend**  
**['solid]** 

[ `solid] beteiligte sich an einem Jugendaktionsbündnis für die Einführung der Primarschule, das zu einer Demonstration in Hamburg am 03.06.10 aufrief. Später distanzierte sich die Gruppe von dem Bündnis mit der Begründung, die beteiligten „**Bildungs- und Sozialabbauparteien können keine Bündnispartner sein. Die Teilnahme an solchen Bündnissen schürt einerseits Illusionen in die Regierung und macht uns andererseits unglaubwürdig**“.

Die Gruppe engagierte sich auch im Themenkomplex „Antimilitarismus“ und gehörte neben MASCH e.V., SDAJ (📖 7) und SoL (📖 5.2.3) zu den Veranstaltern einer Vortragsveranstaltung am 24.09.10 im Bürgerhaus Wilhelmsburg „[Wer am Hindukusch nichts verloren hat, kann auch nicht\(s\) gewinnen – Warum Deutschland dort nur verlieren kann](#)“.

Die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ führte am 18.10.10 eine Konferenz „Internationale Sicherheitspolitik“ im Stadtteil Rotherbaum durch, an welcher der Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor zu GUTTENBERG, teilnahm. Die Linksjugend [solid] rief gemeinsam mit antiimperialistischen und antimilitaristischen Hamburger Gruppen wie SoL und RSH (📖 5.2.3) unter dem Tenor „Keine Kriegskonferenz in Hamburg“ zu einer Gegenkundgebung vor dem Veranstaltungsort auf. Bei störungsfreiem Verlauf beteiligten sich etwa 130 Personen – und damit weniger, als von den Veranstaltern erwartet.

## 7. Orthodoxe Kommunisten

Als „orthodoxe Kommunisten“ werden Parteien und Organisationen bezeichnet, deren **Ideologie auf den Theorien von Marx, Engels und Lenin (Marxismus-Leninismus) beruhen**. Nach ihrer Weltanschauung sei nur der Sozialismus/Kommunismus als „[historische Alternative zum Kapitalismus](#)“ (DKP-Parteiprogramm 2006) in der Lage, sämtliche gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) ist die Kernorganisation der orthodoxen Kommunisten. Sie kämpft seit Jahren um ihr politisches Überleben.

[Internetseiten des LfV HH, Arbeitsfeld Linksextremismus, Linksextremistische Ideologie.](#)



### Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Der seit Jahren geführte Streit um die ideologische Ausrichtung und den Weg der Partei zum Sozialismus/Kommunismus spitzte sich bei der DKP im Jahr 2010 weiter zu. Im Vorfeld des 19. DKP-Parteitages, der am 9./10.10.10 in Frankfurt am Main unter dem Motto „[Widerstand entwickeln, Kapitalismus überwinden](#)“ stattfand, gab es öffentlich ausgetragene

<b>DKP</b>	
Mitglieder:	< 4.000
Bundessitz:	Essen
Vorsitzende:	Bettina JÜRGENSEN
<b>Bezirksorganisation Hamburg</b>	
Mitglieder:	< 200
Vorsitzender:	Olaf HARMS

Debatten – auch abseits der Parteimedien – über die ideologischen Differenzen.

**Hauptstreitpunkte** zwischen den unterschiedlichen Lagern – der größere Flügel um die Parteivorstands (PV)-Mehrheit auf der einen und der Parteivorstands-Opposition auf der anderen Seite – waren die Inhalte der „**Politischen Thesen**“: Die Mehrheit des

PV sprach sich darin für eine „**Bewegungsorientierung**“ unter Aufgabe des eigenen Avantgarde-Anspruchs aus, während die Minderheit nicht bereit ist, diesen Anspruch als unabdingbares Wesensmerkmal einer kommunistischen Partei aufzugeben. Sie sieht darin eine verwässerte **Identität der Partei**. Zu weiteren ideologischen Streitpunkten zählt vor allem die von der Minderheit eingeforderte Gültigkeit der **leninschen Imperialismustheorie** (Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus). Außerdem favorisiert die Minderheit konzeptionell eine Beschränkung auf ausgewählte Politikfelder.

Für den nicht mehr zum Parteivorsitz kandidierenden, langjährigen Vorsitzenden, Heinz STEHR, wurde **Bettina JÜRGENSEN** mit 111 Ja- bei 44 Nein-Stimmen zur **neuen Vorsitzenden** gewählt. Damit steht erstmals eine Frau an der Spitze der DKP. Einer der drei Stellvertreter, Patrik KÖBELE ist ein gegen den Willen der PV-Mehrheit gewählter Exponent des oppositionellen Flügels. Unter den 31 PV-Angehörigen sind aus dem **oppositionellen Hamburger DKP-Bezirk** nur noch zwei Personen (zuvor drei) vertreten; darunter befindet sich der **Hamburger DKP-Bezirksvorsitzende Olaf HARMS, der bei der Bezirksversammlungswahl 2011 in Wilhelmsburg auf Platz 1 der Wahlkreisliste der Partei „DIE LINKE“ kandidierte.**



Wie fragil die Mehrheitsverhältnisse auf dem Parteitag waren, wurde an mehreren Abstimmungsergebnissen deutlich. Während der Debatten sah sich der bisherige engere Führungskreis (das so genannte „Sekretariat“, der Arbeitsaus-

schuss des PV) mit dem **Vorwurf mangelnder Offenheit und Transparenz** konfrontiert.

Der Parteitag verständigte sich darauf, im Jahr 2011 eine „bildungspolitische Konferenz“ auf der Grundlage des 2006 beschlossenen Parteiprogramms durchzuführen. Die nicht zur Abstimmung gelangten „**Politischen Thesen**“ sollen nur noch „**Diskussionsmaterial**“ sein.

Während der konstituierenden Tagung des PV am 24.10.10 schlug dieser den ebenfalls zur innerparteilichen Opposition gehörenden Hamburger Bezirksvorsitzenden HARMS für die Wahl in das Sekretariat vor. HARMS unterlag jedoch in der Abstimmung.

Nach dem Parteitag trat KÖBELE einer „**Aufweichung revolutionärer Grundsätze**“ entgegen und betonte, gemäß der von Marx, Engels und Lenin entwickelten Lehren sei es die **Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei**, innerhalb der Arbeiterbewegung ein **Klassenbewusstsein** zu verbreiten.

Nach dem Beschluss der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung der AKWs erneuerte die DKP ihre Forderungen in einem Flugblatt vom 18.09.10: „**Mafia abschalten – Power to the people**“, Energiekonzerne zu enteignen und unter „**demokratische Kontrolle**“ zu stellen. Außerdem wurde der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie gefordert. **Zu den Unterzeichnern des von Linksextremisten mit initiierten Aufrufes zur illegalen Aktion „Castor Schottern“** (📖 5.3.5) im November gehörten auch Spitzenfunktionäre der DKP, **darunter der Hamburger Bezirksvorsitzende HARMS.**

Das Zentralorgan der Partei, „Unsere Zeit“ (UZ) ist als Folge stetig sinkender Abonnentenzahlen weiter unter finanziellem Druck.

## Hamburg

Auch der Schrumpfungsprozess der Hamburger DKP hält an. Sie hat nun **weniger als 180 Mitglieder**. Dies schmälert ihre Schlagkraft und stärkt die Bedeutung ihrer bündnispolitischen Bemühungen. Entsprechend ihres Postulates, den **Widerstand zu organi-**



sieren, stellt die DKP ihr nach einer Hamburger Kommunistin benanntes Parteizentrum „Magda Thürey-Zentrum“ (MTZ) an der Lindenallee 72 seit Jahren auch anderen linksextremistischen Gruppierungen für Veranstaltungen zur Verfügung (📖 SDAJ). Damit trägt sie auch zur Finanzierung und zum Erhalt des Zentrums bei. Um die Außenwirkung zu erhöhen, versieht die DKP seit Mitte 2010 den Namen MTZ mit dem Zusatz „**Kultur-, Informations- und Begegnungszentrum der DKP Hamburg**“.

Die „antifaschistische Bündnispolitik“ nimmt einen hohen Stellenwert für die DKP ein. So zeichnet der Hamburger **DKP-Vorsitzende HARMS** seit Jahren presserechtlich **verantwortlich für den Internet-Auftritt des „Hamburger Bündnisses gegen Rechts“** (HBgR 📖 5.3.2). Hier bietet sich der DKP die Gelegenheit, Kontakte sowohl zu anderen linksextremistischen Gruppierungen als auch in den nichtextremistischen Bereich zu knüpfen und ihre Inhalte breiter zu verankern.

Die **DKP** fokussierte 2010 ihre **kommunalpolitischen Aktivitäten** auf die Personen, welche in die Bezirksversammlungen Hamburg-Mitte und Hamburg-Nord gewählt worden sind. Diese waren über die **Kooperation mit der Partei „DIE LINKE“ als Kandidaten auf deren Liste** in die Parlamente eingezogen. In diesem Zusammenhang strebt die DKP an, **Aufmerksamkeit und Kompetenz** in „**sozialen Fragen**“ zu erlangen. So werden über den seit 2009 im MTZ angesiedelten und seitdem in Gründung befindlichen Verein „alerta“ so genannte „Sozialberatungen“ koordiniert und auch außerhalb des MTZ angeboten. Der auf DKP-Initiative mit gegründete Verein kooperiert auch mit dem „Internationalen Zentrum B5“ (📖 5.2.3) und Anhängern der TKP/ML.

### **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)**

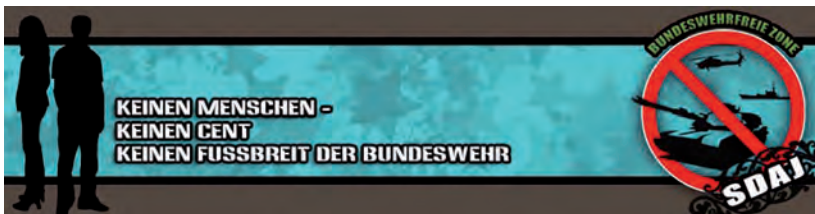


Im Januar startete die SDAJ eine von der DKP unterstützte Antimilitarismus-Kampagne unter dem Motto „**Bundeswehrfreie Zone**“, deren Durchführung ihr Bundeskongress 2009 beschlossen hatte. Damit wollte sie die Rekrutierungsarbeit der Bundeswehr an Schulen beeinträchtigen. Protestaktionen gegen die Bundeswehr auf Jobmessen und öffentlichen Plätzen gehörten dazu. Jede Gruppe war aufgerufen, bis zum „Festival der Jugend“ im Mai 2010 mindestens eine öffentliche Aktion dazu durchzuführen.

Die Organisation betätigte sich auch an „antifaschistischen“ Aktionen. Sie war eine von mehreren linksextremistischen Gruppen, die als Erstunterzeichner zur Blockade gegen den Aufmarsch nazistischer Gruppen am 1. Mai 2010 in Berlin aufrief.

In der Zeit vom 21. bis 24.05.10 fand erneut das „Festival der Jugend“ der SDAJ im Jugendpark Köln unter dem Motto „Zeit zu kämpfen, Zeit zu feiern“ statt. Nach einem UZ-Bericht „Sommer – Sonne – Sozialismus – Hunderte feierten mit der SDAJ in Köln“ beteiligten sich über 400 Dauergäste und einige Hundert Tagesgäste. SDAJ-Gruppen gehörten auch zu den Unterzeichnern des Aufrufes „Castor? Schottern!“ (📖 5.3.5)


Die **Hamburger SDAJ** führt ihre im Internet beworbenen, wöchentlichen Zusammenkünfte im zum MTZ (s. DKP) gehörenden „Havanna-Club“ durch. **Hauptthemen** ihrer öffentlichen Agitation waren **Antimilitarismus und Bildung**. Gemeinsam mit anderen antimilitaristisch tätigen Gruppen protestierte die SDAJ am 27.02.10 gegen den Stand der Bundeswehr auf der Hamburger Berufseinsteiger-Messe „Einstieg Hamburg“. Dabei wurden Transparente „Keinen Menschen, keinen Cent & keinen Fußbreit der Bundeswehr“ gezeigt, Flugblätter verteilt und gegen die Bundeswehr, die kein normaler Arbeitgeber sei, polemisiert.



Im Rahmen der bundesweiten Antimilitarismus-Kampagne publizierte sie auch in Hamburger DKP-Kleinzeitungen „Bundeswehr raus aus der Schule“ und wandte sich „entschieden gegen den Versuch, mit der von der Bundeszentrale für politische Bildung erarbeiteten Schulstunde ‚Die Schulstunde als Talkshow: Ein Leben als Soldat?‘ die propagandistische Rechtfertigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr und letztlich die Werbung für den Soldatenberuf ins Klassenzimmer zu tragen“. Sie behauptete, die Bundeswehr diene keinen friedlichen oder demokratischen Zwecken, sondern den „imperialistischen Zielen der Herrschenden“ und stehe „gegen uns und unser Interesse an kostenloser Bildung und Ausbildung und wirklich sicheren Arbeitsplätzen“. Außerdem bringe sie „unendliches Leid über die

Bevölkerung der überfallenen und besetzten Länder“ (DKP-Zeitung „wandsbek links“, Ausgabe 52, Juni 2010).

Zum **Hamburger Volksentscheid** zur Primarschule im Juli 2010 gab die SDAJ ein „Extra“ ihrer Publikation „Likedeeler“ heraus. Darin warb sie -wie die DKP - für ihre auf Totalverweigerung zielende Abstimmungsempfehlung: „Wir wollen mehr: 2X Nein beim Volksentscheid!“ und forderte „Eine Schule für alle, mehr demokratische Mitbestimmung an den Schulen, Solidarität statt Konkurrenz beim Lernen, keine Ausrichtung der Schule an den Interessen der Unternehmen“. Gleichzeitig konzedierte sie: „Wir wissen, dass alle unsere Forderungen nur in einer anderen Gesellschaft - dem Sozialismus - verwirklicht werden können. Da wir aber im Hier und Jetzt dafür kämpfen müssen, heißt des für uns: zweimal Nein beim Volksentscheid!“

Daher beteiligte sich die Gruppe nicht an einem Jugendaktionsbündnis „Die Schulverbesserer“ (  6, [ˈsolid]), das sich - wie zuvor alle Parlamentsfraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft - für die Einführung der Primarschule aussprach.

### Marxistische Abendschulen (MASCH) in Hamburg

In Hamburg bestehen zwei **auf DKP-Initiative** zurückzuführende MASCH-Einrichtungen. Die 1981 gegründete „Marxistische Abendschule Hamburg – Forum für Politik und Kultur e.V.“ betätigt sich überwiegend an der **Uni-**



**versität Hamburg** und befasst sich kontinuierlich mit der wissenschaftlichen Vertiefung marxistischer Ideologie. Die seit 2007 in Wilhelmsburg tätige „MASCH e.V.“ mit ihrem Trägerverein „Marxistische Arbeiterschule

e.V.“ und mit Ablegern in den Stadtteilen Altona und Bergedorf hat den Anspruch formuliert, verschiedene deutsche Linke und Linksextremisten sowie iranische und türkische Kommunisten unter ihrem Dach zu sammeln und Ideologieschulung zu betreiben. Die Referenten und Funktionäre stammen fast ausschließlich von der DKP oder der KPF.

## 8. Trotzlisten

Der nach Leo TROTZKI benannte Trotzismus wird geprägt durch die sogenannte „[Theorie der permanenten Revolution](#)“, wonach der politische Prozess nicht mit einer proletarischen Revolution ende. Die trotzistische „Sozialistische Alternative“ (SAV) merkte dazu an, dass dieser Ansatz höchste Aktualität für die Aufgaben der Arbeiterbewegung in Afrika, Asien und Lateinamerika habe. Trotzistische Gruppen versuchen, durch eine „Entrismus“ genannte Unterwanderungstaktik in anderen Organisationen Einfluss zu gewinnen und auszuüben.

Als trotzistisch ausgerichtete Gruppen sind in Hamburg „marx21“ und die SAV vertreten. Lediglich die SAV ist mit einer eigenständigen Gruppenstruktur wahrnehmbar, aber von geringer Bedeutung. Sie trifft sich wöchentlich in Altona. 2010 versuchte sie, Einfluss auf die Hamburger Linksjugend [solid] (📖 6) zu gewinnen.

## 9. „Marxistische Gruppe“ (MG)

Im Mai 1991 löste sich die MG zum Schein formal auf, um der Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden zu entgehen, arbeitet seitdem aber mit unverändertem Spitzenpersonal unter verschiedenen Tarnbezeichnungen weiter. Die bundesweit bekannteste **Tarnbezeichnung** für ihre öffentlichen Auftritte ist „**Gegenstandspunkt**“. Der Name ist abgeleitet von ihrer gleichnamigen Publikation, die vierteljährlich erscheint. Ihre Spitzenfunktionäre sind durch keinerlei Wahl demokratisch legitimiert, was aus ihrer Sicht nur konsequent ist, da sie sich im Besitz der alleinigen Wahrheit wähnen und organisationsintern nicht um Inhalte ringen müssen.

# GEGENSTANDSPUNKT

Mit **destruktiv-zynischer Kritik** an den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland will die MG die ablehnende Haltung ihrer Anhänger gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat dokumentieren und stärken. Weitere Wesensmerkmale dieser überwiegend aus Akademikern **bestehenden Gruppe** sind seit jeher ein hohes Maß an **Konspiration der Führungszirkel**, das **Fehlen positiv definierter Ziele und abgeschottete Wohnverhältnisse der Mitglieder**.

Im Februar 2010 überzog eine anonyme Person im Internet die Organisation unter dem Tenor „[Warnung vor Tarnorganisationen der Marxistischen Gruppe](#)“ mit harscher Kritik. **Die MG untergrabe „jede revolutionäre anti-kapitalistische Regung“ . Ihre Hetzschriften seien ein bedeutsamer Faktor, sympathisierende wie kritische Kräfte zu binden und für andere Projekte lahmzulegen.**

In **Hamburg** war die MG unter den Namen „Redaktion Gegenstandpunkt“, „Forum Gegenargumente“, „Arbeitslose Akademiker/Nachwuchsorganisation“, „Arbeitskreis ‚Das Kapital‘ tätig. **Führungspersonal und Wirkungsstätten (Altonaer Werkhof, Universität) sind seit Jahren unverändert.** Veranstaltungen zu aktuellen Themen wie Bildungsabbau, Wirtschafts- und Finanzkrise sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr **werden von bis zu 100 Personen besucht.** Die Hamburger Publikation „Gegenargumente“ wird mehrmals im Jahr aufgelegt und korrespondiert inhaltlich mit den Veranstaltungsthemen.